Presseschau vom 10.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg
Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Wladislaw Sankin: **"Der Faschismus kommt nicht durch" – Das Unsterbliche Regiment 2022 in Berlin**
In Berlin fand der traditionelle Gedenkmarsch "Unsterbliches Regiment" in diesem Jahr unter strengen Auflagen statt. Vor allem St.-Georgs-Bänder und Sowjetfahnen durften nicht gezeigt werden. Das sorgte bei den Versammelten nur kurz für getrübte Stimmung. …
https://kurz.rt.com/2yi5 bzw. hier

de.rt.com: **EU-Zukunftskonferenz – Auf dem Weg zu den "Vereinigten Staaten von Europa"?**
Die EU ist, was ihre Zukunft betrifft, gespalten. Müssen die EU-Verträge überarbeitet, Prinzipien wie Einstimmigkeit über Bord geworfen werden, um "besser reagieren" zu können? Der Streit um die Vertiefung der Europäischen Union geht in die nächste Runde. …
https://kurz.rt.com/2yk6 bzw. hier

Bradley Blankenship: **Wenn die USA wirklich einen nuklearen Iran befürchten, sollten sie dem Atomabkommen wieder beitreten**
Die Aussicht auf einen nuklear bewaffneten Nahen Osten unterstreicht die Notwendigkeit von mehr Diplomatie, nicht von weniger. Andernfalls könnte dies zu einer weiteren Verschlechterung der globalen Sicherheit und zu mehr Ressentiments gegen Washington führen. …
https://kurz.rt.com/2yko bzw. hier

Caitlin Johnstone: **Jeder ist gegen Krieg – bis die Propaganda einsetzt und wirkt**
Niemand hält sich für einen Kriegshetzer. Aber dann schaltet die Propagandamaschine auf Schleudergang, und ehe man es sich versieht, tut man genau das, worauf man programmiert wurde, und stimmt allem zu, was die Kriegsmaschine des Imperiums in diesem Moment verlangt. …
https://kurz.rt.com/2ykf bzw. hier

abends/nachts:

19:13 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Angriffsversuche auf Schlangeninsel abgewehrt**
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben die ukrainischen Streitkräfte in den vergangenen zwei Tagen mehrere Versuche unternommen, auf der Schlangeninsel zu landen, die auf der Höhe der ukrainisch-rumänischen Grenze im Schwarzen Meer liegt.
Bei der Abwehr dieser Angriffe wurden drei ukrainische Su-24, eine Su-27, drei Mi-8-Hubschrauber mit Fallschirmjägern und ein Mi-2-Hubschrauber abgeschossen. Binnen dieser beiden Tage teilten 29 ukrainische Drohnen dieses Schicksal, darunter acht Bayraktar TB-2. Allein am heutigen Nachmittag wurden vier Bayraktar-Drohnen abgeschossen.
In der Nacht auf den 9. Mai wurden zudem drei gepanzerte ukrainische Landungsboote bei einem Landungsversuch zerstört. Insgesamt verloren über 50 ukrainische Angreifer auf See oder bei Landungsversuchen ihr Leben. 24 ukrainische Gefallene befinden sich noch auf der Insel.
Inzwischen wurde bestätigt, dass bei dem Angriff auf den Militärflughafen Arzis bei Odessa durch einen Angriff mit Onyx-Lenkraketen aus dem Bastion Küstenschutz-Raketensystem

sechs Mi-8- und Mi-24-Hubschrauber der ukrainischen Luftwaffe zerstört worden waren.
Die Raketen- und Artillerieeinheiten trafen 318 Ansammlungen von Truppen und Militärgerät.
Im Ergebnis wurden über 400 Nationalisten und bis zu 48 gepanzerte und ungepanzerte Fahrzeuge zerstört.
Im Verlauf des Tages wurde über der Stadt Sewerodonezk eine MiG-29 durch die russische Luftverteidigung abgeschossen. Bei Iwanowka in der Region Charkow wurde eine ukrainische Totschka-U-Rakete abgefangen.
Insgesamt wurden bis jetzt 162 ukrainische Flugzeuge, 124 Hubschrauber, 790 unbemannten Fluggeräte, 299 Luftabwehr-Raketensysteme, 2.967 Panzer und Panzerfahrzeuge, 347 Mehrfachraketenwerfer, 1.432 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 2.778 spezielle militärische Fahrzeuge während des Einsatzes zerstört.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62795152b480cc34a95a2abc.jpg

20:15 de.rt.com: **USA: Javelins können nicht nachgeliefert werden**
Bisher hat die US-Regierung 5.000 Panzerabwehrsysteme Javelin an die Ukraine geliefert. Das hatte bereits Sorgen ausgelöst, dass die US-Vorräte nicht mehr genügen. Jetzt hat der republikanische Abgeordnete Mike Gallagher aus Wisconsin gegenüber dem Sender Fox News beschwert.
"Wir haben gerade sieben Jahresproduktionen von Javelins verheizt."
Man bräuchte schließlich nicht nur Waffen, um der Ukraine zu helfen, sondern ebenfalls, um Taiwan gegen China zu verteidigen.
Bei einem Besuch von US-Präsident Joe Biden bei Lockheed Martin, dem Hersteller der Javelins, letzte Woche, erklärte Lockheed zwar, die Produktion ausweiten zu wollen und zusätzliche Arbeitskräfte zu suchen. Die Produktion solle von 2.100 Stück auf 4.000 Stück pro Jahr erhöht werden, das werde aber einige Monate, wenn nicht Jahre dauern, da auch die Lieferketten entsprechend angepasst werden müssten, äußerte deren Vorstandsvorsitzender in einem Interview.
Allerdings sind die Empfänger oft nicht sehr glücklich mit den gelieferten Produkten. Ukrainische Kriegsgefangene haben auf Video ausgesagt, dass die Systeme sehr unzuverlässig seien und oft bereits erschöpfte Batterien hätten. Angeblich sollen russische Panzer schon den Beschuss durch vier Javelins unbeschadet überstanden haben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62795c7cb480cc35c84b05de.jpg

wpered.su: **In Donezk wurde der Tag des Sieges unter dem Klang der Kanonade begangen**

Der Abgeordnete der Staatsduma aus der Oblast Nowosibirsk Renat Sulejmanow und der leitende Redakteur von „Wazap TW“ Andrej Shirnow gratulierten Einwohnern der Donezker Volksrepublik zum 9. Mai und überreichten ihnen eine Kopie der Fahne des Sieges. Dies berichtet der Pressedienst der Oblast-Organisation der KPRF in Nowosibirsk.

Massenveranstaltungen waren im Zusammenhang mit der Lage in der Donezker Volksrepublik abgesagt worden. Dennoch organisierten die Kommunisten vor Ort eine Kundgebung und gratulierten den Einwohnern zum 9. Mai. Die Veranstaltung fand unter dem Klang der Kanonade statt. Die Frontlinie liegt wenige Kilometer von Donezk entfernt.

„Hier ist ein Gedenkort. Dort am Ort eines ehemaligen Konzentrationslagers ist ein Denkmal für die Opfer des Faschismus. In ihm wurden sowjetische Kriegsgefangene festgehalten. Dort gibt es ein Massengrab und ein Ewiges Feuer. 46 Kommunisten aus der Donezker Parteiorganisation kämpfen heute in den Reihen der Verteidiger der DVR. Wir begrüßten die Versammelten im Namen der Nowosibirsker Kommunisten, überbrachten ihnen einen Gruß und unsere Solidarität. Wir legten Blumen nieder, überreichten Medaillen zu Ehren der 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR. Dies sind erstaunliche Menschen. Sie leben seit acht Jahren unter Kriegsbedingungen, sie haben soviel durchlebt! Hier sterben ständig Zivilisten. Dennoch lebt Donezk, entwickelt sich, es ist eine sehr schöne Stadt. Hier gibt es Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, mit denen wir uns auch getroffen und unterhalten haben“, berichtete Renat Sulejmanow.

Die Nowosibirsker lernten zwei Frauen kennen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Der Ehemann von einer von ihnen starb bei der Verteidigung der Interessen der DVR. Wie Renat Sulejmanow erzählte, geriet er in Gefangenschaft, er wurde gefoltert und praktisch in Stücke gerissen. Die Identität des Soldaten konnte nur mit Hilfe einer DNA-Analyse festgestellt werden. Der Ehemann der zweiten Frau kämpft auf der Seite der Verteidiger der Volksrepublik. Er hisste eine Kopie der Fahne des Sieges über einem von den Bandera-Banden befreiten Gebiet, auf dem höchsten Eisenbahnmast. Ihr übergaben die Nowosibirsker eine weitere Kopie der Fahne des Sieges, damit ihr Mann weiter die Territorien, die vom Kiewer Regime frei sind, damit versehen kann.

„Wir konnten den Sohn des legendären Konstrukteurs, des Akademikers Walentin Gluschko kennenlernen, eines der Begründer der Kosmonautik. Er schreibt nun Bücher über seinen

Vater. Das Treffen war unerwartet und interessant. Walentin Gluschko war Chefkonstrukteur aller Raketenmotoren, die bis heute in kosmischen und militärischen Raketen verwendet werden und einen Schutz unserer Heimat darstellen“, erläuterte Renat Sulejmanow.
Der Abgeordnete der Staatsduma berichtete über ein weiteres Treffen – mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow. Nach den Worten Renat Sulejmanows eine Persönlichkeit mit einer heldenhaften und historischen Biografie.
„Er hat eine Maschinenpistole im Auto, auf ihn wurden sieben Anschläge verübt, er war der Vorsitzende des ersten Obersten Sowjets der Donezker Volksrepublik, er ist der Autor der Deklaration über die Unabhängigkeit der DVR und leitet heute eine Parteiorganisationen, die gegen die Bandera-Banden kämpft“, erläuterte Renat Sulejmanow.
Die Nowosibirsker Kommunisten übergaben Soldaten Briefe von Schülern aus den Bezirken Sajelzwoskij, Zentralnyj und Oktjabrskij. Renat Sulejmanow und Andrej Shirnow ihrerseits erhielten Bastelarbeiten von Kindern des Donbass, die die Kommunisten nach Nowosibirsk in das Parteimuseum bringen werden.
„Solche Verbindungen haben wir hier hergestellt und werden weiter alles tun, um die Parteiorganisation und den Kampf zu unterstützen und einen neuen Sieg zu erringen. Den heutigen Sieg über den Faschismus. Die Einmaligkeit des Tags des Sieges besteht darin, dass er unter Kriegsbedingungen stattfand. Ich werde mich mein ganzes Leben daran erinnern“, unterstrich Renat Sulejmanow.

http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/05/Doneck1-1024x576.jpg

22:30 de.rt.com: **Flughafenbetreiber Fraport AG setzt weiterhin auf Beteiligung in St. Petersburg**
Trotz Kritik will die Fraport AG an einer Beteiligung im russischen St. Petersburg-Pulkowo festhalten. Der Flughafenbetreiber will die Situation "Tag für Tag" prüfen.
Wie die FAZ am Montag berichtet, hält der mehrheitlich öffentlich kontrollierte Flughafenbetreiber Fraport AG an seiner Beteiligung am Flughafen im russischen St. Petersburg-Pulkowo fest. Zwar verurteilte der Aufsichtsrat des MDax-Konzerns am Montag wiederholt den russischen Angriff auf die Ukraine, ließ den Unternehmenskurs bei der Minderheitsbeteiligung aber unverändert.
Man wolle weiterhin die Lage "Tag für Tag" prüfen. Das Unternehmen wird vom Land Hessen der Stadt Frankfurt kontrolliert.
Das Russland-Geschäft der Fraport ruhe zwar seit Kriegsbeginn, erklärten Hessens Finanzminister Michael Boddenberg (CDU) als Aufsichtsratsvorsitzender und Fraport-Chef Stefan Schulte gemeinsam. Sie betonten aber:
"Das Unternehmen zieht daraus keinerlei Nutzen oder Gewinn. Fraport hat unverzüglich und konsequent gehandelt."
Letztendlich wolle man dem "Aggressor Putin" nicht einen dreistelligen Millionenbetrag

überlassen, indem man auf die Anteile verzichte. Man sei zudem in der Pflicht, die Vermögenswerte der Steuerzahler wie der übrigen Fraport-Eigner zu erhalten. Die Fraport AG ist über eine Holding in Zypern seit 2009 Minderheitsgesellschafter mit derzeit 25 Prozent der Anteile des Flughafenbetreibers Northern Capital Gateway und hat den Ausbau des viertgrößten russischen Flughafens in den vergangenen Jahren mit vorangetrieben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62793a1f48fbef7b32177040.jpg

2:30 (1:30) rusvesna.su: **„Alle haben den amerikanischen Würgegriff satt!“ - Lukaschenko**

Westliche Eliten machten den Nazismus zur Staatsideologie in der Ukraine. Dies erklärte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko während der Kranzniederlegung am Siegesdenkmal in Minsk am 9. Mai.

„Nazi-Anhänger sind besessen von der Idee der Rache. Aber sie sind nicht bereit, offen mit den Erben des sowjetischen Volkes zu kämpfen. Nun, es sieht so aus, als hätten sie ihre Lektion gelernt.

Deshalb wird die Ukraine mit Waffen aufgepumpt, mit Denkmälern, Symbolen, Veteranen, KZ-Häftlingen und mit ihren Familien gekämpft.

In den schlimmsten Träumen war es undenkbar, sich vorzustellen, dass dort, in diesem brüderlichen Land, das auf wundersame Weise unter dem Stiefel der faschistischen Invasoren überlebt hat, der Nazismus wieder sein Haupt erheben würde“, betonte Lukaschenko.

Der belarussische Präsident erinnerte: Es waren die westlichen Eliten, die „dieses Monster“ in der Ukraine großgezogen, die legitime Macht von Janukowitsch gestürzt, die frischgebackenen Handlanger von Bandera und Schuchewitsch bis an die Zähne bewaffnet, den Nazismus zur Staatsideologie gemacht und schließlich die Konfrontation zwischen den brüderlichen Ukrainern und Russen vorangetrieben haben.

„Alle Versuche, uns zu erwürgen, machen uns nur stärker und inspirieren andere. Weil Weißrussen und Russen, die erneut gegen dieses globale Übel kämpfen, von Milliarden Menschen beobachtet werden, in China, Indien, den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und den arabischen Staaten.

Alle haben den amerikanischen Würgegriff satt!“ — fasste der belarussische Präsident zusammen.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Bei Gaslieferstopp aus Russland: Deutsche Wirtschaft könnte um 12 Prozent einbrechen**

Endlich wird Klartext gesprochen: Ohne russisches Gas könnte die Wirtschaft um bis zu zwölf Prozent einbrechen, warnt eine neue Studie des Mannheimer Ökonomieprofessors Tom Krebs. Demnach drohe "eine Wirtschaftskrise, wie sie Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat".
Laut dem Spiegel würde ein rabiater Stopp der Versorgung mit russischem Erdgas das deutsche Bruttoinlandsprodukt in den ersten zwölf Monaten zwischen drei und acht Prozent einbrechen lassen. Das hat der Mannheimer Ökonomieprofessor Tom Krebs in einer Studie berechnet, die vom gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung gefördert wurde. Danach würde ein Energiepreisschock dazu führen, dass die Nachfrage nach Gütern einbricht, da Verbraucher ihr Geld lieber zusammenhalten, so der Ökonom. Das könne die Wirtschaftsleistung um weitere zwei bis vier Prozent verkleinern. Bei einem Gasembargo – von welcher Seite auch immer – wäre demnach ein Wirtschaftseinbruch auf dem Niveau des Corona-Jahres 2020 oder der Finanzkrise im Jahr 2009 zu erwarten, betont der Professor für Volkswirtschaftslehre. Er warnt aber auch vor einer Wirtschaftskrise, "wie sie Westdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat".
Andere meist regierungsnahe Forscher halten die Folgen dagegen für überschaubar. So rechnet der in den USA lehrende Ökonom Rüdiger Bachmann in einer mit Kollegen verfassten Studie mit einem Einbruch von maximal drei Prozent. Auch die Wissenschaftsakademie Leopoldina bezeichnet die Folgen eines Lieferstopps als "handhabbar". Das gewerkschaftsnahe IMK-Institut warnt dagegen vor einem Wirtschaftseinbruch von bis zu sechs Prozent.
Vor allem deutsche Schlüsselindustrien könnten bei einem Gasembargo einbrechen: So werde Erdgas in der deutschen Industrie etwa in der Chemie, der Ernährungsindustrie oder dem Maschinen- und Fahrzeugbau gebraucht und sei dort kaum ersetzbar.
Der Studie zufolge drohten bei einem Gasstopp deshalb mehr Firmenpleiten oder Produktionsverlagerungen und ein "deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit". Ein weiteres Problem: Die Wirtschafts- und Geldpolitik der EZB hat ihr Pulver verschossen. Auch aufgrund der Ausgaben zur Abfederung der Corona-Krise und der hohen Inflation sei sie in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Die Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln träfen zudem überwiegend die "unteren und mittleren Einkommen, sodass soziale Spannungen verschärft werden". Von der Ampel wird dagegen wenig getan, um diese Entwicklungen aufzufangen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62795f10b480cc7f5e5d171c.jpg

6:45 de.rt.com: **Gefangen genommener Kommandeur: Ausländische Kämpfer suchen "Abenteuer" in der Ukraine**
Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine sollen sich Tausende Freiwillige aus dem Ausland der ukrainischen Armee angeschlossen haben. Ein ukrainischer Offizier

zeigte sich gegenüber RT von der Begründung dafür seitens einiger britischer Kämpfer überrascht.
Ausländische Kämpfer würden sich dem ukrainischen Militär auf der Suche nach "Abenteuer" anschließen, sagte der Kommandeur der 36. Brigade der ukrainischen Marineinfanterie in Kiew gegenüber RT. Er wurde während der Kämpfe in der Hafenstadt Mariupol von den russischen Streitkräften gefangen genommen.
Oberst Wladimir Baranjuk erklärte, dass es in den Reihen seiner Einheit Ausländer gebe und die ukrainische Gesetzgebung es Bürgern aus anderen Ländern erlaube, den Streitkräften beizutreten. "Sie unterzeichnen offizielle Verträge und dienen", führte er an.
Baranjuk berichtete unter anderem, dass mindestens zwei ausländische Kämpfer – "beide aus Großbritannien" – unter seinem Kommando gestanden hätten. Er sagte: "Einer hieß Aiden ... an den Namen des anderen kann ich mich nicht erinnern ... ein sehr kurzer Nachname."
Baranjuk könnte sich auf die britischen Staatsbürger Aiden Aslin und Shaun Pinner bezogen haben, die im April in der Stadt Mariupol gefangen genommen wurden. Aslin und Pinner, bei denen es sich vermutlich um Söldner handelt, wird von der Volksrepublik Donezk vorgeworfen, Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen zu haben.
Der britische Premierminister Boris Johnson hatte Ende April versprochen, "alles in unserer Macht Stehende zu tun", um das Duo durch einen Gefangenenaustausch zu befreien. Johnson wies jedoch darauf hin, dass die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bei der Ukraine liege. Aslin und Pinner "waren keine Geiseln und sie sollen nicht ausgetauscht werden, als wären sie Terroristen – sie sind Kriegsgefangene", fügte er hinzu.
Laut Baranjuk kamen bereits vor 2018 Ausländer in die Ukraine, um sich für das ukrainische Militär zu verpflichten. So erzählte er:
"Als ich das Kommando über die Brigade übernahm, habe ich versucht, sie zu fragen [warum]. Sie sagten, sie wollten, nun ja, dienen, sozusagen. Um ehrlich zu sein, war ich von ihrer Argumentation überrascht."
Er führte weiter an:
"Ich fragte sie: 'Warum? Was ist der Sinn? Könnt ihr nicht anderswo Geld verdienen?' Sie sagten: 'Nein, so ist es nicht. Wir sind auf der Suche nach Abenteuern."
Es gebe nichts Besonderes an den ausländischen Soldaten, die alle "normale Positionen" in der Einheit innehätten, betonte Baranjuk. "Ich kann nicht sagen, dass sie etwas Außergewöhnliches getan haben, dass sie sich etwa von unseren Marinesoldaten unterschieden haben."
Baranjuk kritisierte im Interview auch bestimmte Waffensysteme, die von den USA und ihren Verbündeten Kiew zur Verfügung gestellt wurden. So bezeichnete er die US-amerikanischen Javelin-Panzerabwehrsysteme als "unbrauchbar, vor allem in der urbanen Kriegsführung", und erklärte, dass sich die Batterie des britischen Pendants NLAW bei kaltem Wetter zu schnell entleert, sodass die Waffe nicht eingesetzt werden könne.
Das russische Verteidigungsministerium hatte im vergangenen Monat mitgeteilt, dass schätzungsweise mehr als 6.800 ausländische Söldner aus 63 Ländern in die Ukraine gekommen seien, die damit einem Aufruf von Präsident Wladimir Selenskij gefolgt waren. Von diesen seien 1.035 "eliminiert" worden, während mehr als 900 aus dem Land geflohen seien, so Moskau.
Vor wenigen Tagen gab ein kanadischer Söldner namens "Wali", der von den westlichen Medien als "bester Scharfschütze der Welt" gefeiert worden war, ein Interview, in dem er seine Erfahrungen in der Ukraine als "schreckliche Enttäuschung" bezeichnete. So sagte er etwa, er habe beschlossen, nach Quebec zurückzukehren, weil die Kiewer Truppen nur unzureichend bewaffnet und schlecht ausgebildet seien und hohe Verluste hinnehmen mussten. Zudem käme es in ihren Reihen zu Plünderungen und Fahnenflucht.
Baranjuk und seine Soldaten hatten den Auftrag, den nördlichen Stadtrand von Mariupol, die strategisch wichtige Hafenstadt im Südosten der Ukraine, vor den vorrückenden russischen

Streitkräften zu sichern, konnten ihn aber nicht erfüllen. Der Kommandeur wurde bei einem missglückten Fluchtversuch aus der Stadt gefangen genommen. Den habe er nach eigenen Angaben zusammen mit mehreren loyalen Männern unternommen, nachdem er demnach erkannt hatte, dass die Versprechen Kiews, seinen eingekesselten Einheiten Hilfe zu schicken, erlogen waren.
Mariupol ist Schauplatz der heftigsten Kämpfe im laufenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und hat immense Zerstörungen erlitten. Die Stadt wird nun fast vollständig von den russischen Streitkräften kontrolliert, wobei das Stahlwerk Asowstal, in dem sich ukrainische Soldaten und ultra-nationalistische Kämpfer des berüchtigten Asow-Bataillons verschanzt haben, die letzte Bastion des Widerstands ist.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627921e448fbef7b3217702f.jpg

7:00 de.rt.com: **Japans neue Sanktionen gegen Russland zielen unter anderem auf Russlands Regierungschef**
Japan hat die von Premierminister Fumio Kishida angekündigte wegen der Lage in der Ukraine verhängte Sanktionsliste gegen Russland erweitert. Die entsprechenden Dokumente wurden am Dienstag vom japanischen Außenministerium veröffentlicht.
Den Unterlagen zufolge sind auf den aktualisierten Sanktionslisten mehr als 130 Personen aufgeführt, darunter der russische Ministerpräsident Michail Mischustin, der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Raschid Nurgalijew, die Oberhäupter der Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie Verwandte des Oligarchen Gennadi Timtschenko. Die Sanktionen sehen Einschränkungen wie das Einfrieren von Vermögenswerten vor.
Japan verhängte außerdem zusätzliche Ausfuhrsanktionen und erweiterte die Liste der Unternehmen und Einrichtungen, die Beschränkungen unterliegen und von denen angenommen wird, dass sie mit dem Verteidigungssektor in Verbindung stehen. Siebzig neue Unternehmen wurden in die Liste aufgenommen, darunter Almas-Antei und die Tactical Missile Weapons Corporation.
So stehen auf Japans Sanktionslisten bereits mehr als 700 Bürger Russlands, Weißrusslands, der LVR und DVR sowie mehr als 200 russische Unternehmen und Organisationen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279e7aab480cc07004cb8a9.jpg

7:25 de.rt.com: **Medienbericht: Deutschland und Katar können sich nicht auf Bedingungen für LNG-Verträge einigen**

Deutschland und Katar haben Schwierigkeiten bei der Aushandlung langfristiger Lieferverträge für verflüssigtes Erdgas (LNG), da sie sich nicht auf die wichtigsten Bedingungen einigen können, wie etwa die Dauer der Vertragslaufzeit. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters am Montag unter Berufung auf Quellen.

Demzufolge sei Berlin nicht bereit, Katars Bedingungen für die Unterzeichnung von Verträgen mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren zuzustimmen. Durch die Verträge sollen die großen Mengen an LNG importiert werden, die Deutschland benötigt, um seine Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern.

Darüber hinaus soll Katar als der größte LNG-Lieferant der Welt weitere Bedingungen gestellt haben. Zum Beispiel soll der Vertrag eine Bestimmungsklausel enthalten, die Berlin daran hindern würde, Gas in andere Teile Europas umzuleiten. Eine solche Bedingung werde jedoch von der EU-Kommission in Brüssel abgelehnt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279ea3648fbef109e286d01.jpg

7:50 de.rt.com: **Russlands Außenministerium äußert sich zu Diskussionen über mögliche**

Schließung von EU-Botschaften
Moskau werde nicht proaktiv Botschaften europäischer Länder, etwa der EU, als Reaktion auf neue mögliche unfreundliche Schritte schließen. Solche Maßnahmen seien untypisch für Russlands Gepflogenheiten in der Diplomatie, erklärte der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Auf die Frage, ob es möglich sei, solche diplomatischen Vertretungen in Russland angesichts der neuen unfreundlichen Schritte einiger westlicher Länder und der Ausweitung der Sanktionen der Europäischen Union zu schließen sagte er wörtlich:
"Dies entspricht nicht unseren Traditionen. Deshalb glauben wir, dass die Arbeit der diplomatischen Vertretungen wichtig ist."
"Nicht wir haben den diplomatischen Krieg, die Ausweisungskampagne, begonnen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279ed50b480cc074f582d9d.jpg

8:25 de.rt.com: **Rheinmetall: Erste aufgearbeitete Marder-Panzer in drei Wochen lieferfähig**
Der Rüstungshersteller Rheinmetall kann nach eigenen Angaben der Ukraine bereits in drei Wochen erste instandgesetzte Panzer des Typs "Marder" liefern. "Wir könnten zum Beispiel mittelfristig insgesamt 100 Marder zur Verfügung stellen, die ersten wären in drei Wochen fertig", sagte der Rheinmetall-Vorstandsvorsitzende Armin Papperger der "Süddeutschen Zeitung". Es sei zwar noch unklar, ob Deutschland der Ukraine die Schützenpanzer bereitstellt, allerdings werde eine Genehmigung Deutschlands täglich wahrscheinlicher.
"Wir warten auf die endgültige Entscheidung der Regierung. Aber es gibt derzeit genügend Länder, die diese Fahrzeuge haben wollen, nicht nur die Ukraine", erklärte Papperger. Der größte Rüstungskonzern Deutschlands verfügt über große Bestände gebrauchter Panzer. Unter anderem arbeite Rheinmetall derzeit Kettenfahrzeuge vom Typ "Marder" und "Leopard 1" wieder auf, die der Konzern alsbald in die Ukraine liefern könne. "Vor vier Wochen haben wir bereits damit begonnen, obwohl es noch keinen konkreten Auftrag gibt. Wir machen das also auf eigenes Risiko", sagte Papperger.
Zudem kündigte Papperger auch ein deutliches Wachstum von Rheinmetall an. "Ich bin der festen Überzeugung, dass Rheinmetall in den nächsten Jahren beim Umsatz zweistellige Milliardenbeträge im Jahr erwirtschaften kann", so Papperger. Derzeit seien es rund sechs Milliarden Euro. Es sei außerdem eine Fusion mit dem Münchner Konkurrenten Krauss-Maffei Wegman (KMW) geplant. Hierzu fänden bereits Gespräche statt, erklärte er.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279f95848fbef0eb10ced6c.jpg

8:50 de.rt.com: **Russische Armee beräumt Dorf im Gebiet Charkow von Minen ukrainischer Truppen**
Spezialkräfte des russischen Militärs zum Minenräumen haben die Bereinigung von Minen des Dorfes Kamenka, Bezirk Isjum, Gebiet Charkow, abgeschlossen. Das Dorf war von den ukrainischen Truppen vor ihrem Rückzug vermint worden war. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium laut TASS Reportern am Dienstag mit.
Nach Angaben der Behörde verminten ukrainische Soldaten vor ihrem Rückzug Straßen und Wege in der Nähe der Siedlung. In der Mitteilung heißt es weiter:
"Bei der humanitären Minenräumung fanden russische Pioniere Artillerie- und Panzergranaten sowie Antipersonen- und Panzerabwehrminen, darunter auch solche aus ausländischer Produktion. Gleichzeitig entminten Militäringenieure landwirtschaftliche Flächen. Landwirtschaftliche Maschinen können auf die Felder fahren, ohne befürchten zu müssen, auf eine Minen-'Barriere' zu treffen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279fdd0b480cc7e01532cf2.jpg

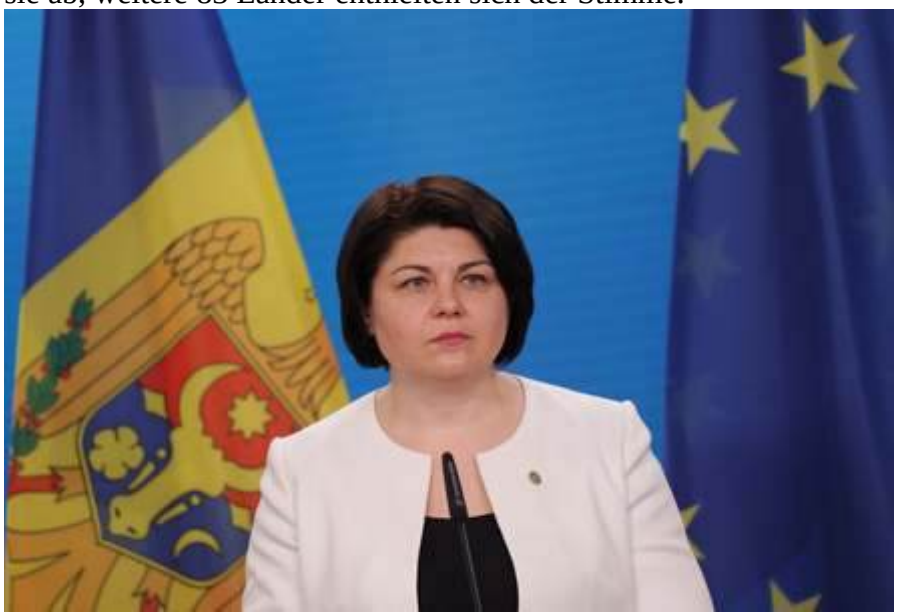
9:05 de.rt.com: **Raffinerie in Schwedt: Angestellte unterstellen Habeck US-Hörigkeit**
Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hat die Ölraffinerie im brandenburgischen Schwedt an der Oder besucht. In dem Werk sind etwa 1.000

Arbeitsplätze vom drohenden Öl-Embargo gegen Russland betroffen. Die Angestellten haben den Bundesminister gefragt, in wessen Interesse er eigentlich handelt, wenn er Entscheidungen trifft. Die Firma, die mehrheitlich in russischem Staatsbesitz ist, träfe ein Aus für russisches Gas besonders hart. Das Gespräch mit dem Minister nutzten die vom Jobverlust bedrohten Mitarbeiter der Raffinerie, um Habeck unverblümt ihre Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden Sanktionen gegen Russland darzulegen.
Die Geschäftsführung des Unternehmens wollte eigentlich überwiegend Azubis sprechen lassen, die kamen allerdings kaum zu Wort. Stattdessen richteten sich an Habeck erfahrene Mitarbeiter mit ihrer fundamental anderen Sicht auf den Ukraine-Krieg: Die USA hätten einen Regimewechsel in Kiew bekanntlich mit Milliarden finanziert, erklärte ein Mitarbeiter.
Zudem würden die USA mit dem Öl-Embargo auch die guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland verhindern wollen, fuhr der Mitarbeiter fort:
"Wie können sie belegen, dass Sie deutsche Interessen vertreten und nicht Interessen der USA?"
Eine Mitarbeiterin erinnerte den Grünen-Politiker an die drohenden Probleme für Deutschland infolge eines Ölembargos gegen Russland: "Ich möchte Sie höflich daran erinnern, dass Sie einen Eid geschworen haben." Sein Amtseid verpflichte ihn schließlich Schaden vom deutschen Volk abzuwenden – nicht vom ukrainischen. "Warum sollten wir einem Geschäftspartner, der über Jahrzehnte zuverlässig und immer geliefert hat, so vor den Koffer scheißen und dort ein Embargo machen?", fragte ein nächster Mitarbeiter. "Wir bekommen einen Rohstoff und wir verarbeiten einen Rohstoff, wenn dieser Rohstofffluss aus 'Political Correctness' unterbrochen wird, ist das in meinen Augen nicht richtig."
Die Art der Diskussion sei "besonders" gewesen, kommentierte Habeck die Gesprächsrunde danach. Immerhin seien keine Eier geflogen, freute sich der Wirtschaftsminister. Befriedigende Antworten auf die Fragen konnte der Grünen-Politiker den Mitarbeitern allerdings offenbar nicht geben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a055248fbef103750ab76.jpg

9:25 de.rt.com: **Moldau fordert in der UNO den Abzug des russischen Militärs aus Transnistrien**
Die Republik Moldau fordert über eine UN-Plattform den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Transnistrien. Die Premierministerin der Republik Natalia Gavrilița erklärte, ihr Land strebe eine friedliche Lösung des Konflikts an. Zuvor hatte auch die moldauische Präsidentin Maia Sandu wiederholt den Abzug des russischen Militärs gefordert,

das Munitionsdepots in Transnistrien bewacht.
Gavriliţa betonte bei einem Briefing:
"Die Republik Moldau nutzt die UN-Plattform, um den Abzug des russischen Militärs aus dem moldauischen Transnistrien zu fordern und auf die Menschenrechtsverletzungen in der Region aufmerksam zu machen, die von dem nicht anerkannten Regime kontrolliert wird. Durch die Erwähnung dieser Themen in den UN-Resolutionen bleibt die Frage des Transnistrien-Konflikts auf der Tagesordnung der Weltgemeinschaft."
Sie sagte, Chişinău wolle eine friedliche Lösung des Konflikts finden, die eine Entwicklung des Landes zum Wohle aller Bürger ermöglichen würde.
Transnistrien, dessen Einwohner zu 60 Prozent Russen und Ukrainer sind, strebte schon vor dem Zusammenbruch der UdSSR die Abspaltung von Moldawien an, da es befürchtete, dass sich Moldawien auf einer Welle des Nationalismus Rumänien anschließen würde. Nach einem gescheiterten Versuch der moldauischen Behörden, das Problem mit Gewalt zu lösen, wurde Transnistrien 1992 de facto zu einem Gebiet außerhalb der Kontrolle von Chişinău. Bis jetzt sind dort russische Friedenstruppen stationiert.
Die Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte Russland im Juni 2018 auf, seine Truppen aus Transnistrien abzuziehen. 64 Staaten unterstützten diese Resolution, 14 lehnten sie ab, weitere 83 Länder enthielten sich der Stimme.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279f3bb48fbef156722ae9d.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.5.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 295 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.
Unter Beschuss waren die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression **starben zwei Zivilisten und 9 wurden verletzt**. 48 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzer, 4 Schützenpanzerwagen, 2 Feuerstellungen für 122mmArtilleriehaubitzen D-

30 und 2 Lastwagen vernichtet. Ein Panzer, 2 Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

9:40 de.rt.com: **Biden fordert US-Kongress auf, 33 Milliarden US-Dollar für Kiew sofort zu bewilligen**
US-Präsident Joe Biden hat den US-Kongress aufgefordert, seinen Antrag auf zusätzliche Mittel in Höhe von 33 Milliarden US-Dollar für die Ukraine unverzüglich zu genehmigen, damit er das entsprechende Gesetz in den nächsten Tagen unterzeichnen kann. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die der Pressedienst des Weißen Hauses am Montag veröffentlichte. Wenn dies nicht geschehe, seien die USA gezwungen, die Hilfe für Kiew in etwa zehn Tagen einzustellen. Biden warnte zuvor:
"Ich habe die Mittel, die mir von einer überparteilichen Mehrheit im Kongress zur Unterstützung der ukrainischen Kämpfer zur Verfügung gestellt wurden, fast aufgebraucht."
"Wir können nicht zulassen, dass unsere Hilfslieferungen eingestellt werden, während wir auf weitere Maßnahmen des Kongresses warten. Wir sind etwa zehn Tage von dieser kritischen Grenze entfernt."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6279ff5848fbef2f2830ce86.jpg

10:05 de.rt.com: **Russisches Katastrophenschutzministerium liefert rund 15.000 Tonnen humanitäre Hilfe in den Donbass und die Ukraine**
Regelmäßige Konvois des russischen Katastrophenschutzministeriums haben kurz vor den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges weitere 350 Tonnen humanitäre Hilfe in den Donbass und die Ukraine geliefert. Dies teilte der Pressedienst der Behörde gegenüber der Nachrichtenagentur TASS mit:
"Eine weitere Ladung humanitärer Hilfe mit einer Masse von rund 350 Tonnen wurde am 7. Mai 2022 von Konvois des russischen Katastrophenschutzministeriums in die DVR, LVR und die Ukraine geliefert. Die Ladung umfasste Wasser in Flaschen, Lebensmittel, Medikamente und lebensnotwendige Güter."
Die Gesamtmenge der von dem Ministerium seit Beginn der humanitären Mission gelieferten Hilfslieferungen beläuft sich somit auf fast 15.000 Tonnen.
Gleichzeitig räumen die Sprengstofftechniker der Behörde gemeinsam mit ihren Kollegen aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk die Gebiete: Sie haben rund 7.000 explosive Gegenstände auf 130 Hektar Fläche entdeckt, von denen mehr als 1.000 zerstört wurden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a0635b480cc7e5205a865.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 10.05.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
9 Mann;
1 Schützenpanzerwagen;
5 Fahrzeuge.
Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 14 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 120mm-Mörser **auf Solotoje-5 und Perwomajsk abgefeuert**.
Durch Beschuss wurden 6 Wohnhäuser beschädigt.
Außerdem haben Kämpfer der Ukraine in **Nowaja Astrachan** einen taktischen Raketenkomplex 9M79-1 **„Totschka-U“ eingesetzt**. Dank koordinierter Handlungen von Luftabwehreinheiten wurde die taktische **Rakete auf dem Flug zu der Ortschaft abgeschossen**, das System zur dringenden Benachrichtigung der Bevölkerung erlaubte es, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.
Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet**.
Gestern wurden im Rahmen der Feiern zum Tag des Großen Sieges von der Volksmiliz Festveranstaltungen, eine Ausstellung von Militärtechnik und Waffen sowie ein festlicher Artilleriesalut organisiert.
Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien und in die frontnahen Ortschaften der Republik.
So haben Vertreter der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau – Donbass“ gestern gemeinsam mit dem Abgeordneten der Staatsduma der RF W. Milonow humanitäre Hilfe für die Einwohner von Perwomajsk gebracht.
Gestern haben Soldaten der Volksmiliz gemeinsam mit Mitgliedern der militärisch-

patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ Veteranen in Lugansk sowie Soldaten der Volksmiliz der LVR, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, besucht und ihnen zum Tag des Sieges gratuliert.

10:40 de.rt.com: **US-Verteidigungsministerium: Waffenlieferungen aus sieben Ländern in Regionen nahe der Ukraine eingetroffen**
Seit Sonntag sind nach Angaben eines Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums insgesamt aus 7 Ländern 13 Waffenlieferungen an Umschlagplätzen nahe der Grenze zur Ukraine eingetroffen. Washington helfe dabei, die Lieferungen zu koordinieren. Zur genauen Herkunft der Waffen machte der Regierungsbeamte keine Angaben. Unter anderem handele es sich bei den gelieferten Waffen unter anderem um Granaten, Schrotflinten, Ersatzteile, Geländefahrzeuge, Generatoren und Haubitzen vom Typ "M777".
US-Präsident Joe Biden hatte am Montag ein Gesetz unterzeichnet, das die Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine und andere osteuropäische Staaten erleichtert. Ähnliche Rechtsgrundlagen werden derzeit auch in Ländern der Europäischen Union abgestimmt. Waffenlieferungen seien ein "wichtiges Instrument zur Unterstützung der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes in ihrem Kampf zur Verteidigung ihres Landes und ihrer Demokratie", so kommentierte Biden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a094248fbef107573ed86.jpg

11:42 (10:42) novorosinform.org: **Kämpfer der ukrainischen Territoroalverteidigung beschwerten sich, dass sie zu „lebenden Zielen“ an der Frontlinie würden**
Dem ukrainischen Militär mit „Maschinenpistolen, Maschinengewehren und Schaufeln“ wurde befohlen, Mörsern und Artillerie zu widerstehen, sagte Anton Schulga, ein Vertreter der 101. Brigade der Territorialverteidigung der Ukraine.
Soldaten der 101. Brigade der Territorialverteidigung der Ukraine veröffentlichten eine Videobotschaft, in der sie sagten, dass sie den Befehl erhalten hätten, in die Stellungen der ehemaligen Region Lugansk zu ziehen, berichtet der Telegram-Kanal „Signal“.
Laut dem Vertreter der 101. Brigade, Anton Schulga, sagte die Führung nicht, welche Aufgaben das Militärpersonal erfüllen solle und wo es eingesetzt werden würde. Ursprünglich sollten die Abwehrkämpfer an Checkpoints im Einsatz sein und Infrastruktureinrichtungen in der Westukraine bewachen. Sie hätten keine militärische Ausbildung absolviert, fügte Schulga hinzu.

„Unsere Bewaffnung besteht aus Maschinenpistolen, Maschinengewehren und Schaufeln, mit denen wir uns in einem weniger als einen Kilometer von den Stellungen der Kampfbrigade entfernten Gebiet unter schwerem Mörser- und Artilleriebeschuss eingraben müssen“, sagte der Sprecher.
Die Kämpfer der Einheit würden nur zu "lebenden Zielen", betonte Anton Schulga. Er fügte hinzu, dass viele Soldaten gesundheitliche Probleme hätten. Auch solche mit mehr als drei Kindern wurden mobilisiert.

https://novorosinform.org/content/images/41/80/44180_720x405.jpg

10:45 de.rt.com: **Polnischer Innenminister findet Angriff auf russischen Botschafter "verständlich"**
Der russische Botschafter in Polen wurde am 9. Mai in Warschau von Demonstranten mit roter Farbe übergossen, als er Blumen auf einem Friedhof für Sowjetsoldaten niederlegen wollte. Der polnische Innenminister findet die Reaktion der Demonstranten "verständlich".
Am 8. Mai 1945 war in Europa der Zweite Weltkrieg mit der Bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor Vertretern der vier alliierten Siegermächte beendet. In Russland wird seitdem der 9. Mai als "Tag des Sieges" traditionell als der wichtigste Feiertag des Jahres begangen.
Der russische Botschafter in Polen Sergei Andrejew wurde am 9. Mai 2022 in Warschau von Demonstranten mit roter Farbe übergossen. Der Angriff erfolgte, als er am Montag anlässlich des russischen Feiertages für den Sieg über Nazi-Deutschland durch die Sowjetunion und deren Verbündete in Europa Blumen zu Ehren der gefallenen Soldaten der Roten Armee niederlegen wollte.
Der polnische Innenminister Mariusz Kaminski erklärte, dass die proukrainischen Demonstranten, die den russischen Botschafter in Warschau mit roter Flüssigkeit übergossen hatten, "berechtigten Grund gehabt hätten, wütend auf ihn zu sein". Auf Twitter schrieb Kaminski:
"Die Versammlung von Gegnern der russischen Aggression gegen die Ukraine, wo jeden Tag völkermörderische Verbrechen begangen werden, war legal."
Und er ergänzte:
"Die Emotionen der ukrainischen Frauen, die an dem Protest teilgenommen haben und deren Männer tapfer für die Verteidigung ihres Heimatlandes kämpfen, sind verständlich."
Der Minister wies darauf hin, dass die polnischen Behörden russische Diplomaten davor gewarnt hätten, an der traditionellen Kranzniederlegung am Tag des Sieges teilzunehmen.
Botschafter Andrejew erklärte nach dem Angriff, dass es sich bei der Flüssigkeit um Sirup gehandelt habe und er unverletzt geblieben sei. Moskau verurteilte den Vorfall auf das Schärfste und forderte Polen auf, eine neue Kranzniederlegung zu veranstalten und dort für Sicherheit der Beteiligten zu sorgen.

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau hingegen räumte unterdessen vor Reportern ein, der Angriff sei "in jeder Hinsicht bedauerlich" und "ein Vorfall, der nicht hätte passieren dürfen". "Diplomaten genießen besonderen Schutz, unabhängig von der Politik der Regierungen, die sie vertreten", sagte Rau.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a14b1b480cc27813b79bc.jpg

11:05 de.rt.com: **Weltweit: Ukraine-Krieg bringt Häfen ans Limit**
Der internationale Warenverkehr über die Handelshäfen steht infolge von Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg kurz vor dem Zusammenbruch. Diese seien derzeit rund um den Globus überlastet. Das berichtete der zur Allianz gehörende Industrieversicherer AGCS am Dienstag in seiner jährlichen Analyse zu Schiffahrtsrisiken.
Demnach habe insbesondere der Krieg in der Ukraine, die zuvor schon von der Pandemie verursachten Lieferprobleme, die Überlastung der Häfen sowie auch die Probleme bei der Rekrutierung von Schiffsmannschaften weiter verschärft, erklärt AGCS.
Eine Rückkehr zum Normalbetrieb könne bei großen Häfen wie dem in Shanghai noch viele Monate dauern. "Ich denke, dass das in naher Zukunft nicht einfach schnell gelöst ist", sagte AGCS-Risikoberater Anastasios Leonburg dem Spiegel. Eine Prognose sei allerdings schwierig, so der Risikoberater weiter, da solche Prozesse von Behördenentscheidungen und globalen Entwicklungen abhängen.

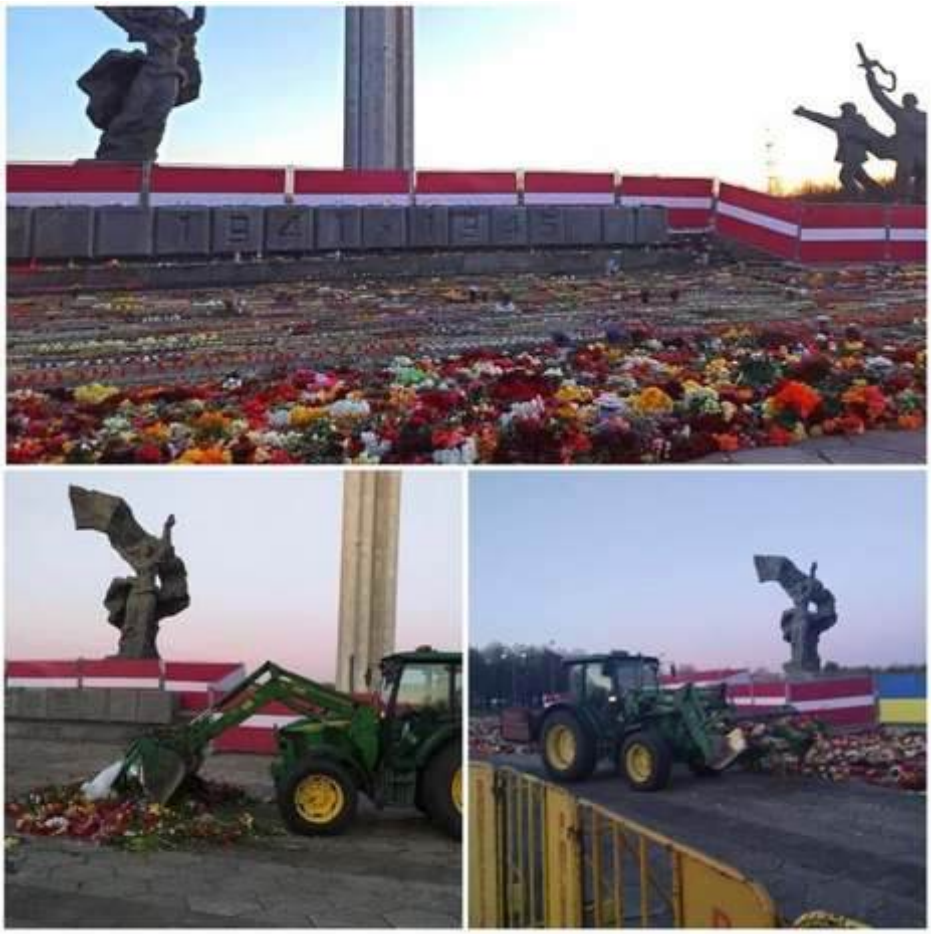
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a12cd48fbef107573ed91.jpg

11:20 de.rt.com: **Litauen schlägt die Bildung internationaler Minenräumteams für die**

Ukraine vor
Die Minenräumung in der Ukraine könnte unter Beteiligung internationaler Entminungsteams durchgeführt werden. Die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė erklärte dies am Dienstag im nationalen Radio LRT. Sie sagte:
"Wir wollen die Entwicklung und Annahme einer europäischen Lösung für die Minenräumung in der Ukraine in die Wege leiten. Der Atlas-Verbund der taktischen Polizei-Einheiten, dem 27 Länder angehören, könnte dazu einbezogen werden."
"Ein Team unserer Juristen befindet sich derzeit in der Ukraine, zu dem auch ein Entminungsexperte gehört, der die Lage beurteilen und uns über die Bedürfnisse unserer ukrainischen Kollegen und unsere möglichen Maßnahmen auf nationaler Ebene berichten wird. Das Innen- und das Verteidigungsministerium prüft derzeit die Möglichkeit, unsere Minenräumer in die Ukraine zu entsenden."
Letzte Woche besuchte die Innenministerin die Ukraine und machte sich mit der Situation vor Ort vertraut.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a1297b480cc7e5205a86e.jpg

11:35 de.rt.com: **9. Mai: Stadt Riga räumt am Denkmal der Befreier niedergelegte Blumen mit Traktor weg**
Die Stadtverwaltung von Riga hat einen Traktor einsetzen lassen, um die Blumen, die Anwohner am Tag des Sieges am Denkmal für die sowjetischen Soldaten und Befreier niedergelegt hatten, wegzuräumen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Sputnik in einem seiner Telegram-Kanäle.
Das Medium beruft sich auf den Abgeordneten des Stadtparlaments, Konstantin Tschekuschin, der Fotos vom Ortsgeschehen veröffentlichte. Sie zeigen, wie ein mit einem Räumschild ausgerüsteter Traktor die am Mahnmal niedergelegten Blumen zusammenharkt.
In diesem Jahr hatten die lettischen Behörden den 9. Mai zum Tag des Gedenkens an die Opfer in der Ukraine erklärt. Die Sicherheitsdienste des Landes forderten die Öffentlichkeit auf, keine Kriegsdenkmäler zu besuchen, und es wurde versprochen, dass das Niederlegen von Blumen als "völlige Missachtung" angesehen wird. Sankt-Georgs-Bänder, Z- und V-Symbole und Massenveranstaltungen wurden in der Nähe sowjetischer Denkmäler in der Republik verboten.
Der Siegespark, in dem ein Denkmal zu Ehren der Befreier Lettlands steht, wurde mit einem Zaun abgesperrt, an dem ukrainische und lettische Flaggen hängen. Dennoch brachten die Einwohner Rigas ein Meer von Blumen zur Gedenkstätte, die nun am Folgetag geräumt wurden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XXRBygMR_eORavOetc9SHWsTBpPAgOaZucgrT2csxloVLZP49hRwu18m2cYfDn35tECls0x4JlEgPtAtBiDopWc7q4h7mmDeRFOo-KkjZkxAsbdLre95V8ln05HghdJzao0xFlsKSB3EISLGEZgJtTnpSF5eZasuddm5JkW7ytxyxahBAPMbAAfq_FekBqg8f94_SpHZPKD1_w0s4N68PfaMb0SLI24hONAsd245MjmzILZzNiLxbu2luhBz04gLcYJGIqwFAS5LM-A4yxrVyoPRu4ebZYF5v4Ng7co1YCcCnmpTk4LAzRPi9oGp9SizFiGj8dNdtiB_qeUnN-9b5w.jpg

11:45 de.rt.com: **Kein Abzug aus Russland: Fresenius möchte an Russland-Geschäft festhalten**

Trotz des Kriegs in der Ukraine möchte der Gesundheitskonzern Fresenius weiter an seinen Geschäften in Russland festhalten. "Stand jetzt" werde das Unternehmen in Russland bleiben, heißt es in einer vorab veröffentlichten Rede von Vorstandschef Stephan Sturm, für die am Freitag stattfindende Hauptversammlung des Konzerns. "Denn auch das gehört zu unserer Verantwortung als Gesundheitskonzern."

Immerhin betreibe das Unternehmen in Russland rund 100 Dialysezentren für Nierenkranke, versorge Krankenhäuser und andere Einrichtungen mit Arzneien und klinischer Ernährung. "Wir können unsere Patientinnen und Patienten dort nicht einfach im Stich lassen", erklärte Sturm. Fresenius produziere lebenswichtige Produkte und sei kein Konsumgüter-Hersteller, so der Vorstandsvorsitzende weiter.

"Wir verdienen dort derzeit und auf absehbare Zeit kein Geld. Und natürlich kann das derzeitige Russland kein Markt sein, in dem wir weiter expandieren." Allerdings gehe es vorerst vordergründig auch nicht um wirtschaftliche Interessen. Der humanitäre Aspekt sei demnach wichtiger, so Sturm.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a2556b480cc7e5205a88f.jpg

nachmittags:

12:15 de.rt.com: **LVR-Truppen erreichen die Verwaltungsgrenze der Republik**
Die von der russischen Armee unterstützten Truppen der Volksrepublik Lugansk sind bis zur Grenze ihres Landes vorgestoßen. Das teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, mit.
Die Streitkräfte hätten die Säuberung der Siedlung Popasnaja von den ukrainischen Nationalisten abgeschlossen, die stark ausgebaute Verteidigung des Feindes durchbrochen und die Verwaltungsgrenze der Volksrepublik Lugansk erreicht, so der russische General.
Dabei sollen rund 120 ukrainische Nationalisten getötet, 13 gepanzerte Fahrzeuge und 12 Fahrzeuge unterschiedlicher Zweckbestimmung zerstört worden sein.
Popasnaja befindet sich im westlichen Teil der LVR. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik stand die Stadt eine Zeit lang unter der Kontrolle der Volksrepublik, fiel im Juli 2014 jedoch unter die Kontrolle Kiews. Vor Beginn der russischen Militäroperation lebten dort etwa 20.000 Menschen.
Die Kämpfe um den Ort dauerten seit Ende Februar an. Es ist eine wichtige Siedlung, durch die die Straßen nach Artemowsk, Krasnoarmeisk, Lissitschansk und Swetlodarsk führen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a24e148fbef109e286d45.jpg

12:27 de.rt.com: **Anlässlich des 9. Mai: Ukrainischer Präsident zeigt Bild eines Soldaten mit Nazi-Insignien**

Während Russland den Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg feierte, teilte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij als Andenken das Bild eines Soldaten, der ein SS-Abzeichen trägt. Das Bild verschwand jedoch bald wieder von seinem Profil in sozialen Netzwerken.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij teilte zum "Tag des Sieges" im Zweiten Weltkrieg das Bild eines ukrainischen Soldaten, der das Totenkopf-Abzeichen einer Eliteeinheit der Waffen-SS trägt. Obwohl das Bild nach kurzer Zeit wieder von seinem Profil in den sozialen Medien gelöscht wurde, veröffentlichte auch das Verteidigungsministerium in Kiew dieses Foto.

Der anstößige Beitrag wurde von Selenskij am 9. Mai auf Instagram und Telegram veröffentlicht. Darauf ist neben einem Artilleriegeschütz ein Soldat zu sehen, der das "Totenkopf"-Abzeichen der 3. SS-Panzerdivision trägt, einer Eliteeinheit der Nazis, die für zahlreiche Kriegsverbrechen und Massaker unter anderem an französischen Zivilisten und polnischen Juden verantwortlich war. Selenskij selbst ist jüdischer Abstammung.

Aktivistengruppen betrachten das Totenkopf-Logo als "Hasssymbol", das von Neonazis und anderen Anhängern der White-Supremacy-Ideologie ("Überlegenheit der Weißen") verwendet wird.

Das Foto wurde zwar von dem offiziellen Profil des ukrainischen Präsidenten bald wieder gelöscht, dennoch postete das ukrainische Verteidigungsministerium dieses Foto auf dem eigenen Profil beim Kurznachrichtendienst Twitter unter einem Zitat von Selenskij, mit dem er den 9. Mai als "Tag des Sieges über Nazismus" würdigte.

In einer Rede zum "Tag des Sieges", der an die militärische Niederlage Nazi-Deutschlands gegenüber der Sowjetunion erinnert, beschuldigte Selenskij am Sonntag Russland, der Ukraine "eine blutige Rekonstruktion des Nazismus" aufzuzwingen.

In Moskau dagegen warf der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Ansprache den USA und ihren NATO-Verbündeten vor, "Nazis" in der Ukraine zu unterstützen, und bezeichnete die Militäroperation Russlands dort als "Präventivschlag gegen die Aggression".

Die Ukraine ist das einzige Land der Welt, das offen neonazistische Milizen in seine reguläre Armee integriert hat. Während diese Milizen früher auch von westlichen Medien noch als "neonazistisch" entlarvt wurden, werden sie heute als "rechtsextreme Gruppen" betitelt. Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine Ende Februar waren bereits oft in den Unterkünften und Stützpunkten dieser Milizen Nazi-Utensilien gefunden worden. Auf den von der ukrainischen Regierung betriebenen Kanälen in den sogenannten Sozialen Netzwerken wurden bereits zuvor auch ähnliche Bilder von Soldaten mit Nazi- und rechtsextremen Symbolen veröffentlicht.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a332b48fbef119d0a9825.jpg

12:41 de.rt.com: **Präsidentschaftswahl in Südossetien: Herausforderer gewinnt gegen Amtsinhaber**

Aus den Präsidentschaftswahlen in Südossetien ist der Herausforderer Alan Gaglojew als Sieger hervorgegangen. Der amtierende Präsident Bibilow hat die Niederlage noch in der Wahlnacht eingeräumt.

In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in der kaukasischen Republik Südossetien ist der Kandidat der Oppositionspartei als Sieger hervorgegangen. Alan Gaglojew konnte 59 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich sich vereinen, Amtsinhaber Anatolij Bibilow kam nur auf 37 Prozent.

Bibilow hat seine Niederlage noch in der Nacht zum Montag anerkannt.

Schon den ersten Wahlgang am 10. April konnte der Kandidat der Oppositionspartei mit 36,9 Prozent für sich entscheiden, Bibilow erreichte damals 33,5 Prozent.

Südossetien war zu Zeiten der Sowjetunion ein Autonomes Gebiet im Bestand der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Als Ende der 1980er Jahre der Nationalist Swiad Gamsachurdia in Tiflis die Macht ergriff, hob er die Autonomierechte auf und drohte mit der Vertreibung der Osseten aus Georgien. Darauf folgte ein bewaffneter Konflikt, der nach Rückkehr des früheren sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse an die Macht in Georgien unter Vermittlung Russlands beigelegt werden konnte. Russland übernahm dabei die Funktion einer Garantiemacht für die Rechte der ossetischen Bevölkerung.

2008 versuchte der damalige Präsident Saakaschwili, Südossetien mit militärischer Gewalt wieder unter die Kontrolle der georgischen Zentralregierung zu bringen. Russland intervenierte in Ausübung seiner Garantiepflicht und erkannte daraufhin die Unabhängigkeit der Republik Südossetien an. Derzeit strebt Südossetien den Beitritt zur Russischen Föderation und damit die Vereinigung mit Nordossetien an. Für die nahe Zukunft ist ein Referendum darüber vorgesehen. Beide Kandidaten unterstützen diese Bestrebungen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a386048fbef119d0a9833.jpg

12:45 de.rt.com: **Erster Kiew-Besuch von Kabinettsmitglied: Baerbock in Butscha angekommen**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) ist am Morgen im Zuge ihres Kiew-Besuchs in den Vorort Butscha gereist. Aus Deutschland ist sie das erste Kabinettsmitglied seit Beginn des Kriegs am 24. Februar, das die ukrainische Hauptstadt besucht. Zum Auftakt informierte sich die Grünen-Politikerin über die Lage in Butscha. Im Laufe des Tages wird die Außenministerin unter anderem zudem mit ihrem Amtskollegen Dmytro Kuleba in Kiew zusammentreffen.

Vergangene Woche hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigt, Baerbock werde "demnächst" in die Ukraine reisen. Scholz selbst plant auch eine Reise in die Ukraine. Ein

genaues Datum für seinen Besuch in dem Kriegsland steht allerdings noch nicht fest.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a3289b480cc7d5002ec39.jpg

13:47 (12:47) novorosinform.org: **Das deutsche Unternehmen VNG erklärte sich bereit, über die Gazprombank für russisches Gas zu bezahlen**

Das Verbundnetz Gas (VNG) erwartet laut Reuters keine Probleme bei der Umrechnung in Rubel.

Das deutsche Gasversorgungsunternehmen Verbundnetz Gas (VNG) hat ein Konto bei der Gazprombank eröffnet, um russisches Gas zu bezahlen, das nach Deutschland geliefert wird. Die russische Bank wird die Zahlung von VNG in Euro erhalten und diesen Betrag in Rubel umrechnen, informiert Reuters, wie TASS berichtet.

„Wir gehen davon aus, dass die Umrechnung in Rubel keine Schwierigkeiten bereiten wird. Zumindest die Kontoeröffnung verlief völlig reibungslos“, sagten Vertreter des deutschen Unternehmens.

Gleichzeitig beantwortete VNG nicht die Frage, ob sie zwei Konten bei der Gazprombank eröffnet haben - für Zahlungen in Euro und in Rubel. Vertreter des Unternehmens versicherten nur, dass sie alle notwendigen Anstrengungen unternehmen würden, um die Bedingungen der gegen Russland verhängten Sanktionen nicht zu verletzen.

https://novorosinform.org/content/images/41/85/44185_720x405.jpg

13:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Su-25 am 9. Mai im**

Gebiet Charkow abgeschossen
Eine Su-25 der ukrainischen Luftwaffe wurde am 9. Mai bei einem Luftkampf im Gebiet Charkow abgeschossen. Das teilte der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Dienstag mit. Außerdem seien in der Nacht 16 Orte, an denen sich Streitkräfte und militärische Ausrüstung der ukrainischen Armee konzentrierten, von der russischen Luftwaffe getroffen worden. Er fügte hinzu:
"Raketentruppen und Artillerieeinheiten trafen 33 Kontrollpunkte, 407 Sammelpunkte für Personal und militärische Ausrüstung sowie fünf Munitions- und Treibstoffdepots in den Bezirken von Nikolajew und Mirny im Gebiet Nikolajew."
Konaschenkow hob hervor, dass infolge der Angriffe bis zu 380 Nationalisten vernichtet und 53 militärische Militärgeräte außer Gefecht gesetzt wurden.
Darüber hinaus schoss die russische Luftabwehr in der Nacht drei ukrainische Drohnen ab und fing eine Totschka-U-Rakete über Charzysk ab.
Nach Angaben des Pressesprechers seien außerdem zwei weitere Smertsch-Raketen in den Bezirken Malaja Kamyschewacha und Isjum abgeschossen worden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a2feab480cc7e01532d3a.jpg

13:13 de.rt.com: **Israel stellt sich auf Konfrontation mit Iran ein: Russland soll bereits Truppen aus Syrien abziehen**
Russland soll damit begonnen haben, einige seiner Truppen aus Syrien abzuziehen, um seine Streitkräfte in der Ukraine zu verstärken. Diese Meldung hat für Aufsehen bei israelischen Medien gesorgt. Die neue Entwicklung könnte für Israel "problematisch" werden.
Russland soll damit begonnen haben, einige seiner Truppen aus Syrien abzuziehen, um seine Streitkräfte in der Ukraine zu stärken, berichtete vor kurzem Moscow Times mit Sitz in den Niederlanden. Nach Darstellung der Zeitung seien mutmaßlich mehrere russische Militäreinheiten von Stützpunkten in Syrien in drei "Mittelmeerflughäfen" verlegt worden, um von dort aus in die Ukraine ausgeflogen zu werden. Die Zeitung berichtet auch, dass die nun verlassenen Stützpunkte an die iranischen Revolutionsgarden sowie an die libanesische Bewegung Hisbollah übergeben worden seien.
Die Meldung hat für Aufsehen bei israelischen Medien gesorgt. Die neue Entwicklung könnte für Israel "problematisch" werden, das bislang versucht habe, den iranischen Machtausbau in Syrien abzuwenden. Bei Channel 12 warnte der Nahost-Experte, Ehud Ya’ari, dass Teheran ohne russischen Einfluss in Damaskus seine Einheiten leichter in Syrien bewegen und die Assad-Regierung "beeinflussen" könnte. Es sei daran zu erinnern, dass Russland – selbst bei

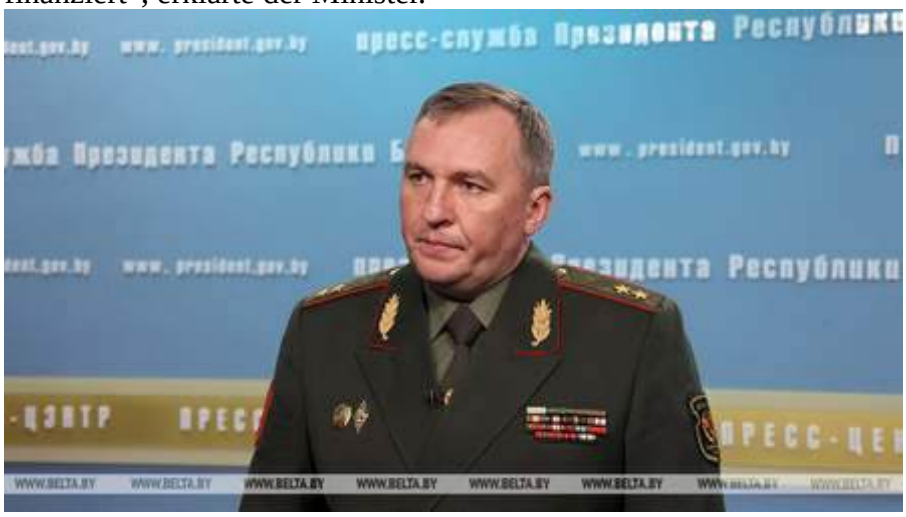
der Zusammenarbeit mit Iran in Syrien – immer versucht habe, den Einfluss Irans in Syrien und die Tiefe der iranischen "Infiltration" in die syrische Armee und die Sicherheitsdienste zu begrenzen, fügte er hinzu.
Israel, der engste Verbündete der USA, hat sich bislang weder den Sanktionen des Westens gegen Russland angeschlossen, noch wie andere westliche Partner Waffen in die Ukraine geliefert. Dahinter steckt ein taktisches Kalkül: Israel ist vom Wohlwollen Moskaus abhängig, da man die eigene Handlungsfreiheit im benachbarten Syrien nicht gefährden will. Dort kontrollieren russische Truppen den Luftraum und nach der israelischen Darstellung tolerieren die Russen, dass Israel regelmäßig mutmaßliche iranische Stellungen auf syrischem Boden bombardiert. Der russische Botschafter in Syrien, Alexander Jefimow, warnte jedoch kürzlich, dass die israelischen Angriffe auf Syrien Russland zu einer Reaktion "provozieren" könnten.
Die israelische Zeitung Jerusalem Post stellt die Frage, ob Iran wirklich davon profitiert, wenn Russland beginnt, Truppen aus Syrien abzuziehen? JPost kommentiert, selbst wenn Moskau sich aus Gebieten in Syrien zurückziehen würde, könnte dieser Schritt Iran nichts nützen. Teheran ziehe es schließlich vor, Syrien als "Startrampe für seine Drohungen" zu nutzen und sich hinter der russischen Präsenz zu verstecken, damit seine Operationen nicht entlarvt werden.
Der syrische Präsident, Baschar al-Assad, wurde am Sonntag zu einem Staatsbesuch in Iran empfangen. Assad sagte in Teheran, dass starke Beziehungen zwischen Iran und Syrien als Bollwerk gegen den US-amerikanischen und israelischen Einfluss im Nahen Osten dienen.
Wenn sich die Lage in der Ukraine weiter verschärft, wird sich Syrien in erster Linie stärker auf Iran stützen. Falls Russland sich aus Syrien zurückzieht, wird eine direkte Konfrontation zwischen Iran und Israel auf syrischem Boden zu erwarten sein, da Teheran offenbar seine Präsenz in Syrien verstärken will, während schiitische Milizen sich freier im Land bewegen könnten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a2aac48fbef156722aee1.jpg

13:15 de.rt.com: **EU will Wiederaufbau der Ukraine finanziell fördern**
Milliardeninvestitionen in Länder wie der Ukraine sollen nach den Plänen der EU-Kommission künftig von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gefördert werden.
Demnach werde die EU-Kommission in den kommenden Tagen unter anderem einen Plan zur Unterstützung der Ukraine beim Wiederaufbau vorlegen, kündigte der EU-Kommissar Olivér Várhelyi am Dienstagmorgen an.
Insgesamt gehe es bei dem Fonds, der auch für andere Länder bestimmt sei, um bis zu 26,7 Milliarden Euro für Sektoren wie erneuerbare Energie, Digitales, Verkehr und Gesundheit.

14:31 (13:31) deu.belta.by: **Chrenin: Belarus plant keine Aufstockung des Verteidigungshaushalts**
Belarus hat nicht vor, seinen Verteidigungshaushalt zu erhöhen. Das sagte

Verteidigungsminister Viktor Chrenin heute vor Journalisten im Anschluss an die Besprechung beim Präsidenten zu den Fragen der Verteidigungsaufträge für 2022.
„Der Verteidigungshaushalt wurde zusammengestellt, daran wird nichts geändert. Es werden keine zusätzlichen Haushaltsausgaben erforderlich sein“, sagte der Leiter des Verteidigungsministeriums.
Ihm zufolge ist der staatliche Verteidigungsauftrag für 2022 vom Staatsoberhaupt genehmigt worden. „Der Präsident achtet sehr genau darauf und prüft jedes Vorhaben, jede Anschaffung, die wir planen, und die Art und Weise, wie wir die Streitkräfte ausrüsten“, sagte Chrenin.
Er betonte, dass die Hauptbotschaft des Staatsoberhauptes darin bestehe, dass alles, was für die Armee benötigt wird, so weit wie möglich hier, in Belarus, gekauft werden sollte. „Wir können sehr viel in Belarus produzieren. Der Löwenanteil der von unserer Militärindustrie produzierten Waffen (Kommunikationsausrüstung, elektronische Kriegsführung, Raketenproduktion) wird für Haushaltsgelder hier im Lande gekauft“, sagte der Minister.
Was die externen Beschaffungen anbelangt, so werden teure Waffentypen über den russischen Exportkredit gekauft. Dabei handelt es sich meist um Güter, die nicht in Belarus hergestellt werden können. „Es handelt sich um sehr teure Waffen wie Su-30SM-Flugzeuge, Hubschrauber, Tor-M2-Raketensysteme. Diese Rüstung wird aus dem Staatshaushalt finanziert“, erklärte der Minister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1652182349_60617_big.jpg

13:35 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Armee hat Mehrfachraketenwerfersystem Uragan gegen die Stadt Donezk eingesetzt**
Ukrainische Truppen haben den Stadtteil Kirowski von Donezk am Dienstag mit einem Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-27-Uragan beschossen. Dies teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes laut TASS mit.
Das Büro fügte hinzu, dass es vorläufigen Berichten zufolge Verletzte gegeben habe. In der Petrowski-Straße sei es aufgrund des Beschusses zu Bränden in Mehrfamilienhäusern sowie in Gewerbezelten gekommen.
Laut dem Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik seien zwei Menschen durch den Beschuss verletzt wurden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a3a5d48fbef103750abc6.jpg

14:15 de.rt.com: **Ukraine-Krieg verursacht deutschen Haushalten Mehrkosten von rund 3.000 Euro im Jahr**
Die Inflation infolge des Ukraine-Kriegs wird bei durchschnittlichen deutschen Haushalten in diesem Jahr laut einer Studie für Mehrkosten in Höhe von knapp 3.000 Euro sorgen. Wie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungskonzern PWC in einer Studie ermittelte, hat eine vierköpfige Familie wegen der Preissteigerungen nun mit zusätzlichen Ausgaben von rund 242 Euro im Monat zu rechnen.
Davon entfallen allein 65 Euro auf Lebensmittel. Steigende Kosten für Strom, Gas und Heizöl schlagen mit etwa 89 Euro zu Buche und für steigende Verkehrsausgaben werden demnach 40 Euro fällig. Die weiteren Mehrkosten ergeben sich der Studie zufolge aus den Inflationsauswirkungen auf die übrigen Warengruppen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627a447348fbef103750abdf.jpg

14:51 de.rt.com: **Der ukrainische Außenminister formuliert das Kriegsziel neu: Kiew will nun gewinnen**
Nach dem Narrativ der US-Amerikaner zum Ukraine-Krieg hat Kiew seine Ziele neu formuliert. Die Ukraine will nun den Krieg gewinnen. Die Linie der US-Regierung stößt jedoch nicht überall in Europa auf Zustimmung. Bundeskanzler Olaf Scholz drückte sich

vorsichtiger aus. Er erklärte, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine nicht gewinnen darf. Die Ukraine hat offenbar ihre Kriegsziele neu formuliert. Sie wolle nun versuchen, die russischen Streitkräfte aus dem Land zu drängen, "solange die westlichen Verbündeten versprochene schwere Waffen an Kiew liefern", sagte Außenminister Dmytro Kuleba am Mittwoch.
Nachdem Moskaus Offensive in der östlichen Donbass-Region angeblich ins Stocken geraten zu sein schien, sagte Dmytro Kuleba gegenüber der britischen Zeitung Financial Times, das "Bild des Sieges" habe sich auf eine vollständige Befreiung der Gebiete von der "russischen Besatzung" ausgeweitet.
Der britische Verteidigungsminister, Ben Wallace, hielt kürzlich einen Sieg der Ukraine gegen Russland für "sehr wahrscheinlich". Bei einer Rede im National Army Museum in London forderte er den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, sich mit der Tatsache abzufinden, dass Russland langfristig "verloren" habe.
Während Kuleba auf die Linie der britischen Regierung einschwenkte, sagte er gegenüber Financial Times, "wenn wir nun an der militärischen Front stark genug bleiben und den Kampf um den Donbass gewinnen, der für die weitere Dynamik des Krieges entscheidend ist, wird der Sieg für uns in diesem Krieg natürlich die Befreiung aller besetzten Landesteile sein."
Kuleba sagte zudem, nur die "Niederlage Russlands" würde es der Ukraine ermöglichen, ihre Schwarzmeerhäfen wieder zu öffnen und ihre Exportwirtschaft wiederzubeleben. "Wenn Kiew noch mehr militärische Unterstützung erhält, können wir die Russen aus der Region Cherson (in der Südukraine) zurückwerfen", um die Schwarzmeerflotte zu besiegen und die Schifffahrtsstraße wieder freizugeben. Er räumte jedoch auch ein, dass das Blutvergießen zu groß sein könnte und die Ukraine letztendlich möglicherweise eine Einigung aushandeln müsste.
Die Linie der britischen und der US-Regierung stößt nicht überall in Europa auf Zustimmung. Kanzler Olaf Scholz sagte mit einer sehr viel vorsichtigeren Wortwahl mehrfach, dass Russland diesen "Angriffskrieg" gegen die Ukraine nicht gewinnen dürfe. Scholz unterscheidet sich damit auch erheblich von der Aussage des britischen Premierministers Boris Johnson, der von einem "Sieg" der Ukraine gesprochen hat.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a4177b480cc7e01532d56.jpg

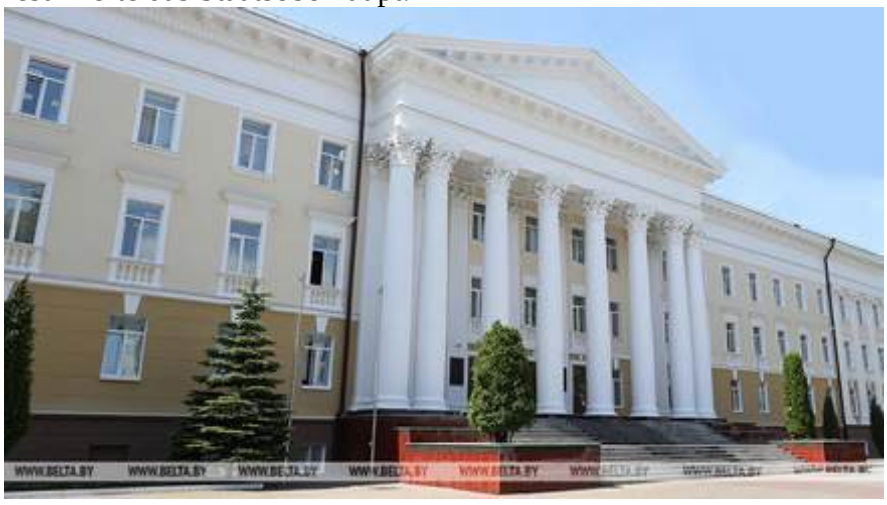
16:02 (15:02) novorosinform.org: **Litauen stufte Russland als einen Staat an, der „Terrorismus unterstützt und begeht“**
Alle Mitglieder des litauischen Parlaments stimmten laut der Website des litauischen Gesetzgebers für die Annahme der entsprechenden Resolution.
Bei einem Treffen des litauischen Seimas am 10. Mai wurde eine Resolution angenommen, wonach Litauen die russische Militär-Sonderoperation zur Entmilitarisierung der Ukraine als

„Völkermord“ einstuft und die Schaffung eines internationalen Tribunals fordert, „um die Verbrechen der russischen Aggression zu untersuchen, “, informiert die Website der Regierung des Landes.
Gleichzeitig betrachtet Litauen Russland als einen Staat, der "Terrorismus unterstützt und begeht".
„Die Russische Föderation, deren Streitkräfte bewusst und systematisch zivile Ziele für Bombenangriffe auswählen, ist ein Staat, der Terrorismus unterstützt und begeht“, heißt es im Text der Resolution.
Es wird berichtet, dass alle 128 Mitglieder des litauischen Parlaments für die Annahme des Dokuments gestimmt haben.
Es sei daran erinnert, dass nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation die russische Armee während der Sonderoperation ausschließlich militärische Einrichtungen der Ukraine sowie Einrichtungen zerstört, in denen sich militärische Ausrüstung befindet oder in denen Feuerstellungen eingerichtet sind. Gleichzeitig leiden Wohngebiete im Donbass seit acht Jahren unter den Angriffen der Streitkräfte der Ukraine und Zivilisten sterben.

https://novorosinform.org/content/images/41/89/44189_720x405.jpg

16:21 (15:21) deu.belta.by: **Chrenin über NATO-Übungen: Belarus sieht jeden Schritt und reagiert angemessen**
Die belarussischen Streitkräfte beobachten aufmerksam, wie die groß angelegte NATO-Übung „Defender of Europe – 2022“ in den Nachbarstaaten verläuft. Die Reaktion auf diese Übung werde angemessen sein. Das erklärte Verteidigungsminister Wiktor Chrenin heute vor Journalisten im Anschluss an die Besprechung der Verteidigungsaufträge für 2022.
Der Minister erinnerte daran, dass Belarus seit dem 4. Mai eine unangekündigte Inspektion der Eingreiftruppen durchführt. Heute beginnt ihre zweite Phase.
"Wir haben diese Inspektion als eine angemessene Reaktion auf die Übung ‚Defender of Europe‘ geplant, die seit dem 1. Mai auf dem Gebiet der NATO-Länder stattfindet. Wir sehen jeden Schritt, wir sehen, welche taktischen Bataillonsgruppen in welchen Bereichen eingesetzt werden und an welchen Problemen sie arbeiten. Da wir wissen, dass von ihnen bestimmte Bedrohungen ausgehen können, reagieren wir angemessen und entsenden entsprechende Truppen in diese Gebiete“, sagte Wiktor Chrenin.
Das belarussische Verteidigungsministerium hatte früher berichtet, dass die NATO-Staaten vom 1. bis zum 27. Mai auf Übungsplätzen und in Ausbildungszentren von 19 europäischen Ländern sowie in den Gewässern der Ostsee und der Nordsee eine großangelegte Übung durchführen. Geplant sei, verschiedene Optionen für die Verlegung von Koalitionstruppenverbänden (Streitkräften) in Europa zu erarbeiten, die Bereitschaft und die Fähigkeiten der Infrastruktur europäischer Staaten zur Aufnahme und Verlegung von Verstärkungstruppen (Streitkräften) zu testen und Koalitionstruppenverbände (Streitkräfte)

und deren umfassende Unterstützung bei Operationen in Osteuropa und im Baltikum einzusetzen. Als Schauplätze für die Hauptmanöver seien die Truppenübungsplätze und Übungszentren in Adazi (Lettland), Pabrade (Litauen), Zahan und Ozysz (Polen) sowie das Ausbildungszentrum der Landstreitkräfte in Drawsko (Polen) vorgesehen.
Präsident Alexander Lukaschenko wurde von Journalisten zu diesen Übungen und der möglichen Bedrohung für Belarus befragt. Auf die Frage, was Belarus tun werde, wenn Polen einen Angriff auf Belarus wagt, erwiderte der Staatschef: „Sollen sie es doch mal versuchen. Wir haben hier vielen Paroli geboten. Wenn sie es also versuchen wollen, sind sie willkommen. Natürlich beunruhigt uns diese Situation. Die Nato hat ihre Truppen in Polen und Litauen von 3.000 auf fast 40.000 Mann verstärkt. Ich habe dem Militär immer gesagt: Wir dürfen nichts außer Acht lassen. Das Jahr 1941 darf es nie wieder geben. Deshalb werden wir reagieren."
„Es ist ein Kampf der NATO gegen das Atommacht Russland. Belarus und Russland sind durch entsprechende Militärabkommen verbunden. In der letzten Zeit steht dieses Thema oft im Mittelpunkt unserer Gespräche mit Wladimir Putin", erklärte der belarussische Staatschef. Er betonte auch, dass es unmöglich sei, eine Nation zu besiegen, die auf ihrem Boden, für ihr Territorium, für ihre Familien und Kinder kämpft.
„Die Politiker im Westen wissen nicht, was der einfache Soldat in Polen, Litauen oder Deutschland über den Krieg denkt. Niemand braucht den Krieg, und vor allem nicht die Soldaten. Und wenn die Soldaten keinen Krieg brauchen, dann wird es auch keinen geben", resümierte das Staatsoberhaupt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1652189179_60618_big.jpg

15:30 de.rt.com: **Bulgarien warnt vor Öl-Embargo gegen Russland**
Der bulgarische Präsident Rumen Radew hat vor den wirtschaftlichen Folgen eines Öl-Embargos gegen Russland für die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gewarnt. "Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Sanktionen unseren eigenen sozialen und wirtschaftlichen Systemen schaden", forderte er nach einem Treffen mit seinem tschechischen Kollegen Miloš Zeman am Dienstag in Prag. Bei einer solch tiefgreifenden Maßnahme gelte es, vorher die Besonderheiten der einzelnen EU-Mitgliedsländer zu berücksichtigen.
Bulgarien hatte als viertes Land nach Ungarn, der Slowakei und Tschechien zuvor Ausnahmen bei dem geplanten Öl-Embargo der EU gefordert. Andernfalls werde Bulgarien sein Veto einlegen, sagte der Vize-Ministerpräsident Assen Wassilew am Sonntagabend dem bulgarischen Sender BNT.

16:23 de.rt.com: **Innenministerium in Kiew: Ukrainischer Whistleblower getötet**
Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums und gleichlautenden Medienberichten ist

der ehemalige Rada-Abgeordnete und Whistleblower David Schwanija am Montag bei einem Artilleriebeschuss in der sogenannten "grauen Zone" ums Leben gekommen. Die behaupteten Umstände des Todesfalls werfen Fragen auf.

Der Berater des ukrainischen Innenministeriums Anton Geraschtschenko twitterte am 9. Mai etwas, das in seiner Darstellung wie eine Erfolgsmeldung klingt: Der langjährige Abgeordnete des ukrainischen Parlamentes David Schwanija soll bei einem Artilleriebeschuss in der sogenannten "grauen Zone" in der Region Saporoschje getötet worden sein.

Die behaupteten Umstände des Vorfalls werfen Fragen auf, wie Geraschtschenko in seinem Tweet selbst zugibt: Der Artilleriebeschuss soll den Politiker an einem russischen Kontrollpunkt nahe des Dorfes Nowopokrowka getroffen haben. Das Dorf liegt zwischen den Frontlinien und wird von keiner der Konfliktparteien kontrolliert, was im Begriff "graue Zone" zum Ausdruck kommt. Dazu steht die Behauptung im Widerspruch, dass der Artilleriebeschuss einem russischen Kontrollpunkt gegolten haben soll. Außerdem ist völlig unklar, warum Schwanija sich zwischen die Frontlinien begeben haben soll und wie die ukrainische Seite seinen Tod außerhalb des eigenen Kontrollbereiches festgestellt haben will.

In ukrainischen Medien werden weitere Einzelheiten des angeblichen Vorfalls berichtet: Schwanija habe sich zum Zeitpunkt des Artilleriebeschusses zusammen mit einer weiteren Person, die Jahrgang 1972 sein soll, in einem Pkw der Marke VW aufgehalten. Schwanija soll sofort tot gewesen sein, die andere Person habe den Treffer aber überlebt. Der Leichnam des Ex-Ministers soll sich nun auf dem russisch kontrollierten Gebiet befinden.

Eine unabhängige Bestätigung steht noch aus.

Der 1967 in Tiflis, Georgien, geborene Politiker war Promaidan-Kräften seit Längerem ein Dorn im Auge und gilt ihnen als Verräter. Nachdem er 1999 die ukrainische Staatsangehörigkeit erworben hatte, engagierte er sich auf Seiten der proeuropäischen und nationalistischen Kräfte in der "Orangenen Revolution" des Jahres 2004 und während des "Euromaidan" der Jahre 2013 und 2014. Zwischen 2002 und 2014 war er Abgeordneter des ukrainischen Parlamentes und kurzzeitig Minister für Katastrophenhilfe im Kabinett von Julia Timoschenko. Seine politische Anbindung wechselte und brachte ihn 2010 sogar als Parteilosen in die Fraktion von Janukowitschs Regionenpartei, mit der er jedoch nach Beginn des Euromaidan im Herbst 2013 wieder brach.

Zwischenzeitlich hatte Schwanija auch behauptet, dass die angebliche Vergiftung des damaligen Präsidentschaftskandidaten und Profiteurs der "Orangenen Revolution" des Jahres 2004, Wiktor Juschtschenko, von Maidan-Kräften inszeniert gewesen sei.

Wieder von sich reden machte Schwanija im Jahr 2020, als er in mehreren Videoauftritten die Hintergründe und Strukturen der Euromaidan-Bewegung offenlegte. Er erstattete Selbstanzeige wegen Beteiligung an einem Staatsumsturz in der Ukraine und in europäischen Ländern und bezichtigte Poroschenko, den Staatsstreich organisiert und finanziert zu haben. Unter anderem behauptete er, dass deutsche und europäische Politiker, die er der deutschen Staatsanwaltschaft namentlich nennen wollte, Bestechungsgelder von Poroschenko erhalten hätten, um Entscheidungen zugunsten der Ukraine auf europäischer und nationaler Ebene herbeizuführen.

Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft ignorierte die Strafanzeigen von Schwanija. Ob die deutschen Staatsanwaltschaften auf diese Hinweise hin Ermittlungen aufgenommen haben, ist derzeit nicht bekannt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a285448fbef0bfa2bd658.png

17:00 de.rt.com: **Baerbock dekretiert in der Ukraine: Abkehr Deutschlands von russischer Energie "für immer"**
Wie die dpa berichtet, hat Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bei ihrem Besuch in Kiew erklärt, dass Deutschland künftig komplett ohne Energie des angeblichen "Aggressors" Russland auskommen wolle. "Deshalb reduzieren wir mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf Null – und zwar für immer", meinte die Ministerin am Dienstag in Kiew bei einer Pressekonferenz mit ihrem Kollegen Dmitri Kuleba. Deutschland ist bislang vor allem von russischem Gas abhängig. Russland sei ein "Aggressor", der keine Regeln achte und Kriegsverbrechen begehe, behauptete Baerbock. Es könne daher künftig keine Verständigung mit diesem Land mehr geben, über die Köpfe der Ukrainer hinweg. Deutschland stehe in dieser Zeit ohne Zweifel unverrückbar an der Seite der Ukraine, betonte Baerbock.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a6e75b480cc521a1e405d.jpg

abends:

18:15 de.rt.com: **In Kiew sollen fünf U-Bahn-Stationen im Zuge der "Derussifizierung" umbenannt werden – außerdem Umbenennung von Straßen**
Einer TASS-Meldung zufolge sollen in der ukrainischen Hauptstadt die Metro-Stationen "Beresteiskaja" in "Butschanskaja" (nach dem Vorort Butscha), "Lew-Tolstoi-Platz" in "Wassili-Stus-Platz" (nach dem ukrainisch-sowjetischen Dissidenten), "Helden des Dnjepr" in "Helden der Ukraine", die "Minsker [Station]" in "Warschauer" und die Station

"Völkerfreundschaft" in "Botanische" umbenannt werden.
Die Bürgerinnen und Bürger Kiews hätten neue Namen für fünf U-Bahn-Stationen in der ukrainischen Hauptstadt gewählt, die im Rahmen der Kampagne zur "Derussifizierung" umbenannt werden sollen. Dies teilte die staatliche Verwaltung der Stadt Kiew am Dienstag mit.
"Derussifizierung der U-Bahn: Kiewer Bürger haben in einer Online-Abstimmung neue Namen für fünf U-Bahn-Stationen gewählt", hieß es in einer Nachricht auf dem Telegram-Kanal des Bürgermeisters. Die Abstimmung endete am 9. Mai.
Bei dem Votum sind damit offenbar explizite Ehrungen für militant-terroristische Untergrundgruppierungen ukrainischer Nationalisten wie die "Ukrainische Aufstandsarmee" (UPA), die auch zu Auswahl gestanden hatten, durchgefallen.
Zuvor war in Kiew eine Skulptur von zwei Arbeitern abgebaut worden, die eines der Elemente des Bogens der Völkerfreundschaft bildet. In letzter Zeit haben die Behörden in ukrainischen Städten aktiv Denkmäler abgerissen und topografische Namen umbenannt, die mit Russland und der UdSSR in Verbindung gebracht werden. In Ternopol wurde ein Denkmal für die sowjetischen Piloten-Befreier abgerissen, und in der Stadt Stryj, Region Lwow, ein Denkmal für die sowjetischen Soldaten, die einst die Stadt von den Nazis befreit hatten. Die Behörden von Mukatschewo, Region Transkarpatien, haben ein Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt im Großen Vaterländischen Krieg, einen Obelisken des Ruhmes, sowie ein Denkmal und eine Gedenktafel zu Ehren des Dichters Alexander Puschkin entfernt. In Rowno wurde eine sowjetische Panzerartillerieeinheit von ihrem Sockel genommen. In Browary bei Kiew ist derweil geplant, 34 Straßen umzubenennen, die nach berühmten russischen Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft oder glorifizierten Soldaten benannt sind.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a7a92b480cc4e3f7d5f2a.jpg

19:15 (18:15) novorosinform.oeg: **Belarus hat Spezialeinheiten an der Grenze zur Ukraine stationiert**
Die Einheiten werden eingesetzt, um die Sicherheit der Republik in südlicher Richtung zu gewährleisten, sagte Wiktor Gulewitsch, Chef des Generalstabs der belarussischen Streitkräfte.
Bewaffnete Formationen der Ukraine haben eine 20.000 Mann starke Gruppe nahe der Grenze zu Weißrussland gebildet. Dies zwang Minsk, entsprechend zu reagieren, betonte Wiktor Gulewitsch. Die Erklärung des Chefs des Generalstabs der Streitkräfte, des ersten stellvertretenden Verteidigungsministers von Belarus, wurde auf dem Telegram-Kanal des Verteidigungsministeriums des Landes veröffentlicht.
"Um die Sicherheit der Republik Belarus in südlicher Richtung zu gewährleisten, werden die Streitkräfte der Spezialeinheiten in drei taktischen Richtungen eingesetzt", sagte Wiktor Gulewitsch.

Die belarussischen Streitkräfte hätten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, den Bedrohungen durch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten entgegenzuwirken, sagte der Generalstabschef der belarussischen Streitkräfte.

https://novorosinform.org/content/images/41/97/44197_720x405.jpg

18:25 de.rt.com: **Ukraine stoppt Gastransit von Russland in die EU über die Station Sochranowka**

Um die Transitverpflichtungen gegenüber den europäischen Partnern in vollem Umfang erfüllen zu können, sei es jedoch möglich, vorübergehend nicht verfügbare Kapazitäten auf den physischen Anschlusspunkt Sochranowka zu übertragen, so der Gastransportbetreiber des Landes.

Wie die russische Nachrichtenagentur TASS meldet, wird der ukrainische Gasfernleitungsbetreiber (OGTS) den Gastransit in Richtung EU über die Gasverteilerstation Sochranowka in der Region Lugansk ab Mittwoch einstellen. Das teilte der Betreiber am Dienstag in einer Erklärung auf seiner Website mit.

"OGTS teilt mit, dass ab 07:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 11. Mai 2022 die Gasaufnahme in das ukrainische GTS am physischen Anschlusspunkt 'Sochranowka' nicht mehr durchgeführt wird", heißt es in der Erklärung.

Der Betreiber berichtet, dass "Umstände höherer Gewalt" eingetreten seien, die es unmöglich machten, Gas durch die Sochranowka-Pipeline und die Nowopskow-Grenzverdichterstation, die unter russischer Kontrolle stünden, weiter zu transportieren.

Der Betreiber weist darauf hin, dass die Nowopskow-Verdichterstation die erste der ukrainischen Gas-Verdichterstationen in der Region Lugansk ist, über die fast ein Drittel des Gases (bis zu 32,6 Mio. Kubikmeter pro Tag) aus Russland in die EU geleitet wird. Das Unternehmen fügte hinzu:

"Um die Transitverpflichtungen gegenüber den europäischen Partnern in vollem Umfang zu erfüllen, ist es möglich, vorübergehend nicht verfügbare Kapazitäten vom physischen Anbindungspunkt Sochranowka auf den physischen Anbindungspunkt Sudscha zu übertragen, der sich auf ukrainisch kontrolliertem Gebiet befindet".

Das Unternehmen fügte hinzu, dass seine Mitarbeiter derzeit nicht in der Lage seien, "die betriebliche und technische Kontrolle über die Nowopskow-Verdichterstation und andere Anlagen in diesen Gebieten auszuüben".

Am 2. Mai hatte Gazprom kein Gas bestellt, das im dritten Quartal 2022 über die Jamal-Europa-Pipeline durch Polen gepumpt werden soll, während die Auktion zur Buchung zusätzlicher Gastransitkapazitäten durch die Ukraine für denselben Zeitraum abgesagt wurde, da der ukrainische Pipeline-Betreiber keine zusätzlichen Transitkapazitäten für das dritte Quartal über die Gasverteilerstationen Sudscha und Sochranowka angeboten hatte. Die Ausschreibung sollte zusätzlich zur Reservierung auf der Grundlage eines langfristigen

Vertrags über 40 Mrd. Kubikmeter pro Jahr (etwa 109,5 Mio. Kubikmeter pro Tag) erfolgen. Die russische Holding hatte seit neun Monaten keine zusätzlichen Kapazitäten für den Erdgastransit durch die Ukraine gebucht, da hierfür – solange die Jamal-Pipeline genutzt werden konnte – offenkundig keine Veranlassung bestand.

https://phototass4.cdnvideo.ru/width/1020_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20220510/6740707.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 10.5.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 70 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 222mm-Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ sowie 152mm- und 122mm-Rohrartillerie **abgefeuert**.
Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 19 Wohnhäuser und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 28 ukrainische Nationalisten, einen Schützenpanzer, einen Panzer, 2 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, 2 Panzerfahrzeuge und 3 Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, 2 120mm-Mörser und 2 Lastwagen wurden erbeutet.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starb und 7 verletzt wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.
Am 29. März 2021 wurden bei der Ausführung von Kampfaufgaben zur Befreiung von Mariupol von ukrainischen Nationalisten durch Artilleriebeschuss des Gegners Kommunikationsleitungen beschädigt, die Koordination einer Einheit fiel aus. Der Leiter der

Funkstation des Kommunikationszuges eines Panzergrenadierbataillons, Gardeunterfeldwebel Oleg Pawlowitsch Kowalewskij, stellte trotz des stürmischen Feuers des Gegners unter Gefahr für sein eigenes Leben die Verbindung mit dem Stab und den anderen Einheiten wieder her, was es erlaubte, die Operativität der Leitung wiederherzustellen und den Gegenangriff des Gegners erfolgreich abzuwehren.

18:53 de.rt.com: **Xi zu Scholz: Wir unterstützen strategische Eigenständigkeit von Europa**

Während eines Telefongesprächs bekräftigte Chinas Staatsoberhaupt das Bekenntnis seines Landes zu den Beziehungen mit der Bundesrepublik, die Peking weiter ausbauen wolle. Zudem mahnte er die europäischen Staaten zu mehr Eigenständigkeit.

Der chinesische Präsident Xi Jinping führte am Montag ein digitales Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz durch, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Chinas Staatsoberhaupt bekräftigte, dass die beiden Staaten die stabilisierende, konstruktive und führende Rolle ihrer Beziehung besser nutzen sollten.

Xi machte auf die bleibenden, komplexen Veränderungen in der internationalen Politik und die deutliche Zunahme von Schwierigkeiten und Herausforderungen für die globale Sicherheit und Entwicklung aufmerksam. Dabei betonte er die dringende Notwendigkeit, mehr Stabilität und Sicherheit in ein Zeitalter der Instabilität und des Wandels zu bringen.

Sowohl China als auch Deutschland seien dem chinesischen Präsidenten zufolge wichtige Länder mit erheblichem Einfluss. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es für beide Länder besonders wichtig, ein stabiles Wachstum der bilateralen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das diene nicht nur den Interessen des chinesischen und des deutschen Volkes, sondern werde auch einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Ruhe in der Welt leisten, so Xi.

Chinas Staatsoberhaupt betonte, dass sich die Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland seit den 1970er Jahren auf hohem Niveau entwickelt haben, wobei sich beide Seiten gemeinsam weiterentwickelt und durch die Vertiefung der praktischen Zusammenarbeit zum Erfolg der jeweils anderen Seite beigetragen hätten. Der Schlüssel dieses Erfolges liege im Wesentlichen im Bekenntnis zu gegenseitigem Respekt und in der Win-win-Kooperation.

Xi sagte, dass sich an Chinas Engagement für den Ausbau der Beziehungen zu Deutschland nichts geändert habe, ebenso wenig wie an Chinas aufrichtigem Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland und an Chinas Überzeugung, dass China und Deutschland gemeinsam größere Fortschritte machen können. Es sei wichtig, dass beide Seiten am Grundgedanken des Austausches und der Zusammenarbeit festhalten, die bilateralen Dialog- und Kooperationsmechanismen nutzen sowie Gespräche zu Bereichen wie dem Klimawandel, der makroökonomischen Politik, der finanziellen Stabilität, der Energiesicherheit, der Lebensmittelsicherheit und der Stabilität der Industrie- und Lieferketten führen, mit dem Ziel, die bilateralen Beziehungen weiter zu bereichern.

Chinas Staatsoberhaupt rief dazu auf, dass beide Seiten für einen echten Multilateralismus eintreten, internationale Gerechtigkeit aufrechterhalten, die zentrale Rolle der Vereinten Nationen in internationalen Angelegenheiten verteidigen, grundlegende Normen für internationale Beziehungen schützen, eine offene Weltwirtschaft fördern und die globale Entwicklung ausgewogener, koordinierter und inklusiver gestalten.

Xi betonte, dass China und die EU umfassende strategische Partner seien und dass beide Seiten weit mehr gemeinsame Interessen als Unterschiede hätten. China unterstütze die strategische Eigenständigkeit der EU. Die chinesisch-europäischen Beziehungen seien nicht abhängig von einer dritten Partei oder auf sie ausgerichtet.

Scholz verwies laut der Erklärung der chinesischen Seite auf die sehr gute Entwicklung der bilateralen Beziehungen in den letzten Jahren. Er rief beide Seiten dazu auf, diese "gute

Tradition" fortzuführen. Deutschland werde mit China zu verschiedenen Politikbereichen weiterhin den Dialog pflegen. Berlin sei bereit, die gesunde Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und China zu fördern.
Neben ihren bilateralen Beziehungen besprachen beide Staatsmänner die aktuelle Situation in der Ukraine. Xi bekräftigte, dass China stets auf der Seite des Friedens stehe. Es sei wichtig, jede Anstrengung zu unternehmen, um eine weitere Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Die europäische Seite müsse Xi zufolge ein historisches Verantwortungsbewusstsein und politische Weisheit zeigen sowie die langfristige Stabilität in Europa berücksichtigen. Die Sicherheit Europas müsse von den Europäern selbst gewährleistet werden. Peking begrüße alle Initiativen zur Förderung des Friedens. Die relevanten Parteien müssten Russland und die Ukraine unterstützen, einen Frieden durch Verhandlungen zu erreichen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a7ba148fbef109e286dd2.jpeg

19:10 de.rt.com: **Weißrussland will russische Luftabwehrsysteme S-400 und Iskander behalten**
Die russische Agentur TASS meldet, dass der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko betont habe, dass allein die Waffen, über die die weißrussische Armee derzeit verfüge, die Verteidigungsfähigkeit der Republik gewährleisten könnten.
Lukaschenko erklärte darüber hinaus, dass Minsk davon ausgehe, die Boden-Luft-Raketensysteme S-400 und die russischen Iskander-Raketensysteme im Rahmen eines Abkommens mit Russland zu behalten.
"Wir haben mit Russland vereinbart, dass wir die S-400, die wir haben, wahrscheinlich behalten werden. Es (das System – Anm. d. Red.) wird den Bereich von Minsk bis Berlin überwachen [...] S-400 ist eine gute Ausrüstung. Wir haben mit dem Verteidigungsminister vereinbart, mehrere Gruppen von Männern auszubilden, die diese Technik künftig anwenden werden", sagte der Staatschef während eines Treffens über den staatlichen Verteidigungsauftrag für 2022, wie die weißrussische Agentur BelTA berichtete.
Lukaschenko kündigte auch Pläne zum Kauf von Iskander-Raketensystemen aus Russland an.
"Wir brauchen diese Waffen dringend. Wir haben sie heute. Und noch einmal: Ich habe mit den Russen vereinbart, dass wir die Iskander von ihnen kaufen. Sie werden nicht aus Weißrussland abgezogen werden. Sie können für die Verteidigung unseres Raumes eingesetzt werden", sagte der Präsident.
"Ich denke, es ist eine gute Waffe für die Armee. Das bedeutet, dass unsere Armee in der Lage ist, zu kämpfen und dem Feind unannehmbare Schäden zuzufügen", zeigte sich Lukaschenko überzeugt. Und weiter:
"Aber wir sind Realisten, wir wissen, dass es uns nicht gelingen wird, die NATO zu besiegen. Aber wir können Schaden anrichten, vor allem in den Gebieten, aus denen wir angegriffen werden werden, denn wir haben alle diese Waffen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a89cab480cc521a1e4071.jpg